Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger viertelj. M. 2.40, monatl. 90 Pf. durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 2.40 bezw. 80 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 169. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für die einsp. Kleinzeile oder deren Raum 30 Pf., für Orts-, kleine Anzeigen, Haushalt und Familie betr., 25 Pf. Die Quittung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beziehern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pf. — Ziffergebühr und Portoauslagen extra.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 69. | Mittwoch, den 2. April 1919 | 159. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 6 betr.:

Bedingungen für die Einfuhr von Auslandsware.
Schutzimpfungen gegen die Rotlaufsucht.
Auslosung von Kreisanleihescheinen.
Bestellung von Fleischbeschauern.

Tageschronik

Danzig soll evtl. von den Alliierten forciert und später neutralisiert werden.

Schwere Streikunruhen in Frankfurt a. M. und im Ruhrgebiet. Im letzteren Belagerungszustand.

Generalstreik und Bürgerstreik in Stuttgart.

Japan hält sich in Paris ostentativ zurück.

Lenins Friedensverhandlungen mit Paris.

Die Danziger Frage.

Beratungen zwischen Reichsregierung und Parteiführern.

Das Kabinett hat in einer Sitzung unmittelbar der Forderungen des Marschalls Foch nach neuen Verhandlungen in der Danziger Frage beschlossen, die Fraktionsführer der Nationalversammlung auf Mittwoch, 2. April, nach Berlin zu bitten. Sie sollen ebenso wie bei den bisherigen Schritten in den Waffenstillstandsverhandlungen zu den Beratungen hinzugezogen werden, damit die Endübereinstimmung zwischen Kabinett und Parteien gewährleistet wird.

Gewaltpolitik der Entente?

Danzig neutralisiert?

Paris, 30. März. Havas. „Temps" schreibt: Die alliierten und assoziierten Regierungen scheinen den Entschluß gefaßt zu haben, über die deutschen Einsprüche zur Tagesordnung überzugehen und nötigenfalls die Landung der polnischen Truppen in Danzig mit Gewalt durchzusetzen. Immerhin würde dieses Vorgehen nach ihrer Auffassung nicht notwendig (!) eine Vereinigung Danzigs mit Polen in sich schließen. **Hinsichtlich der Frage der polnischen Grenze scheinen die Alliierten dazu zu neigen, rund um Danzig einen neutralen Staat zu schaffen, um eine Vereinigung dieses Teiles der Küste sowohl mit Deutschland, wie mit Polen zu vermeiden.**

Die Regierung gibt diese Absichten durch W. T. B. bekannt, ohne das Bedürfnis zu empfinden, über ihre Gegenmaßnahmen etwas zu verlautbaren!

Die Pariser Verhandlungen.

Haag, 31. März. London. In amtlichen Kreisen verlautet, daß der Viermännerrat sich auch am gestrigen Sonntag [illegible] nahmen gegenüber Ungarn beschäftigt hat, hauptsächlich aber mit dem Friedensvertrag mit Deutschland. Die Absicht, einen Friedensvertrag gleichzeitig mit allen vier feindlichen Staaten zu schließen, scheint aufgegeben zu sein. Wilson und Clemenceau wünschen, daß ein Friedensabkommen geschlossen wird, durch das alle künftigen Kriege und eine dauernde Erbitterung vermieden wird. Ein solches Abkommen läßt sich nicht über das Knie brechen, und die Leute, die einen sofortigen Frieden mit allen wünschen, berücksichtigen nicht, mit welchen Schwierigkeiten das verknüpft ist und daß es einen großen Unterschied machen würde, wenn man jetzt einen übereilten Frieden schließt, anstatt „gute und gerechte Bedingungen" zu beraten und festzusetzen.

Solchen Schmus haben wir nur zum Ueberdruß vernommen. Um dauernde Erbitterung zu vermeiden, will man Deutschland augenscheinlich völlig abwürgen und außerdem zum Verbluten bringen. Ein Leichnam besitzt nicht mehr die Fähigkeit sich zu erbittern.

Immer noch die alten französischen Forderungen an Deutschland.

Die „D. Allg. Ztg." meldet indirekt aus Paris, daß dort mit großer Spannung der Lösung der französisch-deutschen und der italienischen Grenzfragen entgegengesehen werde. Da der Viererausschuß sein Geheimnis streng wahrt, ist es nicht möglich, sichere Informationen über den Stand der Dinge zu bekommen, **wenn auch die Entscheidung über die Landung der polnischen Truppen** gewisse Anhaltspunkte für die in Aussicht genommene Lösung wenigstens der polnischen Frage gibt. Die Presse legt inzwischen in offenkundig offiziöser Form die französischen Forderungen gegenüber Deutschland vor. Diese beziehen sich

1. auf die Festlegung einer Militärgrenze, die über den Rhein hinausgreifen soll, wobei die darin einbezogenen Gebiete politisch bei Deutschland belassen werden sollen,
2. auf die Besetzung und die wirtschaftliche Ausbeutung des Saarbeckens,
3. auf eine wirksame Kontrolle über Deutschlands Abrüstung, die vermittels einer ständigen Kommission des Völkerbundes ausgeübt werden soll,
4. auf die Wiedergutmachung aller Schäden, die unmittelbar oder mittelbar den vom Kriege betroffenen alliierten Völkern erwachsen sind.

Das genügt, um Wilsons Gerechtigkeitsideal und den Narrenglauben deutscher Pazifisten ins hellste Licht zu rücken.

Das „Berner Tagbl." berichtet aus Genf: Nachrichten aus Paris zufolge ist zwischen Wilson und Clemenceau eine Einigung über die neue deutsch-französische Grenze erfolgt. Das linke Rheinufer bleibt deutsch, doch muß sich Deutschland verpflichten, dort keine Garnisonen und Festungen zu unterhalten und die gesamte Saarkohlenproduktion Frankreich zur Verfügung stellen, bis die französischen Bergwerke [illegible]

Die deutsche Finanzkommission in Paris eingetroffen.

Die aus zwölf Mitgliedern bestehende deutsche Finanzkommission ist am Sonntag in Paris eingetroffen. Sie erwartet die Mitteilung des Ortes, an dem die Zusammenkunft stattfinden soll.

Japans Zurückhaltung.

Bern, 30. März. Die Abreise der japanischen Journalisten von Paris wird viel bemerkt, jedoch mehr als Demonstration betrachtet. Sie gewinnt indes erhöhte Bedeutung durch die Haltung der japanischen Vertreter auf der Konferenz. Von Anfang an hatten sich die Japaner an den Debatten der Konferenz trotz aller Versuche, sie hineinzuziehen, nicht beteiligt; sie nahmen lediglich an den Abstimmungen teil. Jetzt stehen sie völlig beiseite. Da ihre Forderung, die Gleichberechtigung aller Rassen müsse im Zusammenhang mit dem Völkerbund ausgesprochen werden, namentlich infolge des Widerspruchs der englischen Dominien aussichtslos schien, haben sie im letzten Augenblick sogar eingewilligt, daß die fertig vorliegende Klausel über die Gleichberechtigung der Rassen zurückgezogen wurde.

Das russische Problem.

Paris, 29. März. In der Kammer wurde der sozialdemokratische Antrag, die Heereskredite im zweiten Quartal des Jahres 1919 auf zehn Millionen Fr. herabzusetzen, mit 362 gegen 131 Stimmen abgelehnt. Der Unterstaatssekretär für den Krieg erklärte, daß die Regierung nicht für eine Expedition nach Rußland ist, und daß kein Mann mehr dahin gesandt werden wird. Die Politik der Alliierten gegenüber Rußland sei, die Polen, Rumänen und den baltischen Staaten Unterstützungen gegen den Bolschewismus durch Lieferung von Lebensmitteln, Kleidung und Vorräten zu geben.

Eine Stockholmer Meldung der „Voss. Ztg." besagt, daß Lenin und Tschitscherin bereit seien, „Friedensverhandlungen" auf Grund folgender Bedingungen einzuleiten: Anerkennung der Sowjetregierung durch die Ententemächte und Lebensmittellieferungen von den Ententeländern nach Rußland einerseits, Anerkennung der russischen Staatsschulden an die Ententemächte und Einräumung weitgehender wirtschaftlicher Konzessionen an diese (u. a. Kontrolle über die Textilbezirke von Moskau, Schuja und Iwanowo-Wosnessensk, französische Neufinanzierung der großen Werkstätten von Obuchow, Putilow, Ssormowo, der beiden Petersburger Schiffswerften u. a. m.) auf der anderen Seite. In hiesigen Kreisen, in denen man recht lebhafte Beziehungen zu der westlichen Finanzwelt unterhält, wird erzählt, daß eine französisch-englische Bankengruppe, geführt von der Banque de Paris, Hoskier, Baring u. a. im Einverständnis mit dem Rat der Zehn in Versailles einen dahingehenden großzügigen Plan bereits ausgearbeitet habe (deren Vertreter gehören denn auch zu der nach Moskau entsandten Finanz- und Friedenskommission). Und so darf es nicht wunder nehmen, daß die geplante französisch-russische Verständigung auf der mindestens originellen Grundlage einer engeren Verquickung von Kapitalismus und Bolschewismus die Sozialisten verschnupft hat.

Die Freiheit der evangelischen Kirche in Gefahr!

Das Preußenparlament hat am 20. März einen Beschluß gefaßt, der für unsere evangelische Kirche verhängnisvoll werden kann. Es handelt sich um die Frage, auf wen in Zukunft die bisher dem Könige in der Kirche zustehenden Rechte (Ernennung der Superintendenten u. a.) übergehen soll. Für jeden gerecht Denkenden, der die Geschichte der evangelischen Kirchenverfassung kennt, konnte darüber ein Zweifel nicht bestehen. Luther hat damals nur als Notbehelf die Fürsten zu „obersten Bischöfen" berufen, er war im übrigen der Meinung, daß dieses Amt sobald als möglich der Kirche selbst zu übertragen sei; er wählte die Fürsten nur deswegen, weil diese sich treu zur evangelischen Kirche gehalten und diese unterstützt hatten. Die Hohenzollern haben dann auch stets treu für die Kirche gesorgt. Nach ihrer Vertreibung aber müssen selbstverständlich ihre kirchlichen Rechte an die Kirche (Generalsynode u. a.) zurückfallen, aber nicht an eine ständigem Wechsel unterworfene Partei-Regierung. In der preußischen Notverfassung aber ist diese ungeheuerliche Forderung gestellt worden, und der demokratische Abg. Prof. D. Rade bestätigte dieselbe ausdrücklich, indem er beantragte, „drei evangelische (!!) Minister" damit zu beauftragen. Man denke sich: drei von der [illegible] schenden Parteien [illegible] denten zu ernennen, ferner für die Provinzialsynode und die [illegible] ein Sechstel aller Mitglieder zu berufen u. a. m. Was kann da unsere Kirche erleben! Dieser Gedanke ist einfach unerträglich. Man gebe doch unserer Kirche die versprochene Freiheit! Kirchliche Fragen sind von der Kirche zu regeln. Hieß es nicht ausdrücklich im Anfang, die Kirche solle frei vom Staate werden? Und nun will man unserer Kirche ein Joch auferlegen, das viel drückender ist als alles, was bisher zu tragen war? Nein, das darf nicht sein! Die deutschnationale Fraktion hatte den sehr wichtigen und vernünftigen Antrag eingebracht, die landesbischöflichen Rechte sollten für erloschen erklärt werden und an die Kirche zurückfallen. Die Demokraten aber haben diesen gerechten und freiheitlichen Antrag mit Hilfe der Sozialdemokraten zu Fall gebracht und unsere Kirche in schwerste Abhängigkeit von dem parteipolitisch geleiteten Ministerium gebracht! Vor den Wahlen beteuerten die demokratischen Redner hoch und heilig, sie würden warm für die Freiheit der evangelischen Kirche eintreten, ihre Taten im Abgeordnetenhause beweisen aber das Gegenteil. Will man auch die Kirche zum Beuteobjekt der wechselnden Parlaments-Parteiherrschaft machen?

Fühlung zwischen Lenin und Wilson.

Bern, 31. März. Nach Pariser Informationen hat sich die Neigung Wilsons, mit der Sowjet-Regierung auf einem friedlichen Wege zur Einigung zu kommen, in den letzten Tagen wesentlich verstärkt. Die Haltung des Präsidenten ist durch die aus Rußland zurückgekehrten amerikanischen Kommissare beeinflußt. Es verlautet ferner, daß die Kommissare persönliche Mitteilungen Lenins an Wilson mitbrachten, die darauf schließen lassen, daß Lenin bereit ist, Garantien für die Wiederherstellung geordneter Zustände auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu geben. Als Gegenleistung hierfür ist Wilson gewillt, auf die Zulassung der Sowjet-Regierung auf dem Friedenskongreß einzugehen.

Die Stärke der Heere bei Beginn des Waffenstillstandes.

Das „Echo de Paris" vom 13. März gibt die Stärke der Heere bei Beginn des Waffenstillstandes für die Verbündeten auf 17 882 132 Mann, für die Mittelmächte auf 7 630 000 an.

Somit waren unsere Gegner zweieinhalbmal so stark als wir. Von den Verbündeten zählte England 5 680 000, Frankreich 5 075 000, Italien 3 420 000, die Vereinigten Staaten 3 707 132 Mann. Von den Mittelmächten hatten Deutschland 4½ Millionen, Oesterreich 2⅓ Millionen, Bulgarien ⅓ Million und die Türkei 400 000 Mann. Für unsere Lage im Westen kommt noch hinzu, daß alle Amerikaner im Westen standen, von unseren Verbündeten, den Türken und Bulgaren, dagegen kein Mann sich dort befand.

Reichswehrminister Noske über die Militärmacht.

Dem Weimarer Vertreter des „Neuen Wiener Tagblatt" gab Reichswehrminister Noske Auskunft über eine Reihe wichtiger Heeresfragen, und zwar zunächst über die mit Deutsch-Oesterreich eingeleiteten Verhandlungen. Sie endeten mit dem Ergebnis, daß auch auf militärischem Gebiet eine weitgehende Zentralisierung wünschenswert ist, wobei selbstverständ-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190402-15/fragment/page=0001

sich der österreichischen Eigenart Rechnung getragen werden soll. Sollten unsere Gegner beim Friedensschluß uns nicht einmal die Truppenzahl belassen, die wir notwendig haben, um die persönliche Sicherheit und die Fortführung der deutschen Wirtschaft zu schützen, so wird das Chaos des unvermeidbaren Verfalles an der deutschen Grenze nicht halt machen. Wenig erfreulich liegen die Dinge augenblicklich in Bayern, wo nicht einmal der Anfang zur Schaffung einer Wehrmacht gemacht wurde, die auch den bescheidensten Ansprüchen genügte. Da in Bayern das Werben von Freiwilligen verboten wurde, hat Reichswehrminister Noske dem Obersten Epp den Antrag gestellt, im Truppenlager Ohrdruf eine Brigade aufzustellen, für die sich auch schon eine ganze Reihe von Bayern gemeldet haben. Noske hat Bayern dringend ersucht, der Brigade keine Schwierigkeiten zu machen.

Das Schicksal der Reichswerften.

Reichswehrminister Noske teilte mit, es sei seine feste Absicht, den Arbeiterbestand der Kieler Reichswerft nicht unter den Friedensstand sinken zu lassen. Die neuesten Abschlüsse gewähren Arbeitsmöglichkeit für 13 000 Arbeiter auf 18 Monate.

Die Indienststellung von vier Kreuzern abgelehnt.

Die deutsche Regierung hatte die Alliierten ersucht, zur Sicherung des Auslaufes der deutschen Handelsschiffe und zum Schutze der auslaufenden Lebensmittelschiffe vier kleine Kreuzer in Dienst stellen zu dürfen. Trotzdem mit Hilfe der vier Kreuzer also nur die Ausführung der Verpflichtungen aus dem Brüsseler Schiffahrtsabkommen gesichert werden sollte, hat die Entente die Genehmigung zur Ausrüstung und Indienststellung dieser Schiffe abgelehnt.

Der Fall Liman von Sanders in Spaa.

In Spaa teilte am 29. März der Vorsitzende der britischen Kommission mit, daß die Angelegenheit des Generals Liman von Sanders der Friedenskonferenz unterbreitet sei und bis zu ihrer Entscheidung keine weiteren Anordnungen getroffen werden können. Ein Kriegsgricht gegen den General sei nicht eingerichtet worden. Er befinde sich in Malta, wo er zwei Zimmer im Fort bewohne und gut behandelt werde. General von Hammerstein betonte nochmals die Rechtswidrigkeit des Vorgehens und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Pariser Konferenz unverzüglich die Freilassung des Generals Liman von Sanders veranlassen werde.

Deutsche Bunkerkohle für amerikanische Schiffe.

Berlin, 31. März. Am 27. März wurde in Spaa eine Anfrage Hoovers übermittelt, ob die amerikanischen Lebensmittelschiffe in der Nähe von Hamburg, Bremen oder in den Ostseehäfen ev. auch im Kieler Kanal bunkern können gegen Lieferung von Lebensmitteln als Gegenwert. Am 30. März wurde in Spaa folgende deutsche Antwortnote übergeben:

Deutschland ist bereit, Schiffe, die der Versorgung mit Lebensmitteln dienen, zu bunkern. Dies ist jetzt schon möglich in Emden und Bremen, für die Durchführung in Hamburg und den Ostseehäfen sowie im Kieler Kanal möglich. Verrechnung der Bunkerkohle zum Preise von 13 172 Dollar beim heutigen Valutastand und Gutschrift auf deutsche Lebensmittellieferungen wird erbeten.

Freigabe eines beschränkten Küstenverkehrs mit den Neutralen.

Die Alliierten haben, wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, beschlossen, den deutschen Schiffen unter 1600 Tonnen den Küstenverkehr nach Dänemark, Holland, Norwegen und Schweden mit Lebensmitteln und solchen Artikeln zu gestatten, die in den bestehenden Abkommen mit den Neutralen einbegriffen sind. Den Schiffen wird von den Alliierten für jede Fahrt ein besonderer Erlaubnisschein ausgestellt.

Rückkehr von Deutschen aus China.

Die deutsche Gesandtschaft im Haag meldet, daß nach telegraphischer Mitteilung der niederländischen Gesandtschaft in Prag 1801 Deutsche auf den englischen Dampfern Nora, Novara und Atreus am 13. März von Schanghai nach Rotterdam abgefahren sind.

Heimbeförderung von Deutschen aus amerikanischer Gefangenschaft.

Das Internationale Rote Kreuz erhielt vom amerikanischen Hauptquartier die Nachricht, daß die Heimbeförderung aller solcher Kranker und verwundeter Deutscher erfolgt, die dauernd militäruntauglich oder unfähig sind, innerhalb zweier Monate nützliche Arbeit zu verrichten.

Polnische Angriffspläne in Oberschlesien.

Der polnischen Armee sollen, wie wir hören, ständig 1200 französische Offiziere zur Ausbildung zugeteilt werden. Nach einem mit Frankreich geschlossenen Vertrage muß die Reorganisation der polnischen Armee innerhalb von zwei Jahren vollendet sein. Nach einem Warschauer Funkspruch werden schon in den nächsten Tagen 100 französische Offiziere eintreffen. In oberschlesischen Landkreisen finden unter den Polen in geschickt verdeckter Weise Anwerbungen für das polnische Heer durch polnische Agenten statt. Unter den Agenten soll sich nach zuverlässigen Angaben ein früherer deutscher Feldwebelleutnant befinden. Die Leute erhalten 150 Mk. Angeld. Sie sollen als Führer bei einem Einfall der Polen nach Oberschlesien dienen.

Den Polen fehlt es an Lehrkräften!

Thorn, 30. März. Der oberste polnische Volksrat hat sich gezwungen gesehen, seinen Erlaß über Absetzung aller deutschen Oberlehrer und Studienassessoren aufzuheben. Der Grund ist auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß es den Polen nach dem 1. April derart an Lehrkräften fehlen würde, daß der Schulbetrieb vollständig eingestellt werden müßte.

Spartakus im Reiche.

Belagerungszustand über das Ruhrgebiet!

Berlin, 31. März. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

An die Bergarbeiter!

Für das Ruhrrevier hat über den Kopf der berufenen Arbeitervertretungen hinweg eine „Delegiertenkonferenz der revolutionären Bergarbeiter" den Beschluß gefaßt, am 1. April aufs neue in den Generalstreik zu treten. Die Forderungen, die dabei gestellt werden, würden in ihrer Gesamtheit die deutsche Republik der politischen Anarchie und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch ausliefern. Wäre dieser Streik, der den Arbeitern nicht helfen soll, sondern die Allgemeinheit zerstören will, siegreich, so würde das bedeuten: Vernichtung der Kohlenförderung durch die Sechsstundenschicht und sinnlose Lohnerhöhungen, Stillegung aller Industrien, die auf Ruhrkohlen angewiesen sind, Vereitelung der endlich zugesicherten Lebensmittelzufuhren, die mit Industrieprodukten und Kohlenausfuhr bezahlt werden muß. Die Regierung, die solche Forderungen annehmen würde, wäre die Totengräberin der Republik des Volkes und der Freiheit. Die Reichsregierung hält nach wie vor fest an den Vereinbarungen, die sie seit Februar mit den Bergarbeitern getroffen hat: Arbeiter- und Bezirksräte, durch die allein die Arbeiterschaft in den Produktionsprozeß hineingeführt und zur Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Mitarbeit zugezogen werden kann, dazu das Sozialisierungsgesetz im Zusammenhang mit der Sozialisierung des Kohlenhandels und schließlich die Einführung der 7½-Stunden-Schicht.

Es ist keine Politik, keine Verwaltung, keine Ernährung mehr möglich, wenn solche grundsätzliche Einigungen nach wenigen Tagen und Wochen umgeworfen und durch unmögliche und übertriebene Forderungen gegenstandslos gemacht werden.

Deshalb hat die Reichsregierung in Erfüllung ihrer heiligsten Pflicht, Reich und Volk zu retten, zusammen mit der preußischen Regierung folgendes beschlossen:

Ueber das Ruhrrevier wird der Belagerungszustand verhängt. Die Regierungstruppen rücken in das Revier ein, um die Arbeiter und die Betriebsanlagen vor dem Terrorismus zu schützen. Der Reichsernährungsminister wird entsprechend den Brüsseler Forderungen der Alliierten in das Streikgebiet kein Pfund der eingeführten Lebensmittel abliefern lassen. Der Reichsarbeitsminister wird keinerlei Bezahlung für die Streikschichten gewähren. Dagegen soll den Arbeitern der Zechen, auf denen nach der 7½-Stunden-Schicht gefördert wird, eine besondere Schwerstarbeiterzulage, steigend mit dem Förderquantum, bereitgestellt werden. Die Reichsregierung muß unser Volk am Leben erhalten, sie darf die Republik nicht dem tödlichen Terror durch eine Provinz und einen Stand ausliefern.

Alles für den, der arbeitet!

Nichts für den, der jetzt streikt! Sonst gibt es für Deutschland keine Rettung mehr.

Die Reichsregierung.

Scheidemann, Schiffer, Bauer, Bell, David, Erzberger, Giesberts, Gothein, Landsberg, Noske, Preuß, Schmidt, Wissel, Koeth und Reinhardt.

Generalstreik im Ruhrgebiet.

Düsseldorf, 31. März. Die revolutionäre Bergarbeiterkonferenz in Essen hat den Generalstreik für morgen beschlossen. Es wurden die bekannten Forderungen nach sechsstündiger Arbeitszeit, 25prozentiger Lohnerhöhung und Auflösung der Regierungstruppen gestellt. Die Neunerkommission wurde aufgelöst und an ihre Stelle ein Generalzechenrat gewählt.

Essen, 31. März. Der Bergarbeiterausstand erfuhr heute eine weitere Ausdehnung. Im Bezirk Gelsenkirchen ist die Belegschaft der Zeche Alma und im Bezirk Recklinghausen die Belegschaft der Zeche Friedrich der Große ausständig. Die Gesamtzahl der Ausständigen beläuft sich in der heutigen Schicht auf [illegible] 33 200 gestern.

Von amtlicher Seite hört der „B. L.-A.": Es ist falsch, daß sich die große Masse der Bergarbeiter in der neuen Organisation zusammengeschlossen hat; immerhin beurteilen Sachverständige die durch die neue Gründung geschaffene Lage als ziemlich ernst. Nach Mitteilungen des Dortmunder Oberbürgermeisters sind die Eisen- und Stahlwerksarbeiter in erheblicher Erregung und wollen heute in den Streik eintreten. Auf Eisen- und Stahlwerk Hoesch wird nicht gearbeitet. Einer der größten Hochöfen von Hoesch ist heute zu Bruch gegangen, weil an ihm längere Zeit nicht gearbeitet wurde. Die Wiederherstellung dauert 8—10 Monate. Es besteht die Gefahr, daß in wenigen Tagen weitere Hochöfen aus dem gleichen Grunde zu Bruch gehen. Die Lage in Castrop und Umgebung ist sehr schlecht. Es herrschen dort schwere Unruhen. Nach amtlichen Nachrichten ist die Polizeistation gestürmt und angeblich auch ein anderes Amtshaus besetzt. Die Unruhe wird von außen durch spartakistische Hetzen hineingetragen. In Witten haben zwei Zechen die Arbeit aufgenommen, die übrigen streiken noch.

Forderung der Neuner Kommission.

Essen, 31. März. Wie die Neuner-Kommission mitteilt, beschloß gestern eine von ihr einberufene Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebietes den Generalstreik, der am 1. April beginnen und solange dauern soll, bis nachfolgende Forderungen bewilligt worden sind: 1. Sofortige Einführung der Sechsstundenschicht mit Ein- und Ausfahrt für Untertagarbeiter unter Beibehaltung der bisher für längere Schichtdauer bezahlten Löhne, 2. 25prozentige Lohnerhöhung, 3. Regelung der Knappschaftsfrage, 4. Anerkennung des Rätesystems, 5. sofortige Einführung der Hamburger Punkte (betreffs Kommandogewalt), 6. sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, 7. sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, 8. sofortige Auflösung aller Freiwilligenkorps, 9. sofortige Anknüpfung aller politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der russischen Sowjetrepublik, 10. Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und im Reiche, 11. Bezahlung der Streikschichten.

Arbeiterratswahlen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 31. März. Von den rund 100 000 Wahlberechtigten für die Arbeiterratswahlen haben sich rund 55 000 Wähler eintragen lassen. Gewählt haben gestern rund 45 000, also 90 Prozent der Eingetragenen. Von den 60 Mandaten erhielten die Mehrheitssozialisten 7, die Unabhängigen 27 und die bürgerlichen Parteien 26. In letzter Stunde hatte der alte Arbeiterrat noch eine große Anzahl Wähler, besonders Geistliche und Schwestern, die ordnungsgemäß in die Listen aufgenommen worden waren, streichen lassen!

Generalstreik in Stuttgart.

München, 31. März. Nach Erkundigungen in Stuttgart scheint heute der Generalstreik ausgebrochen zu sein, mit dessen Vermeidung man noch am Sonnabend gerechnet hatte. Es werden nur telephonische Durchgangsverbindungen angenommen, Ortsverbindungen keine.

Die Bergarbeiterverbände gegen den Generalstreik.

Bochum, 31. März (Eig. Drahtm.) Eine Vorständekonferenz der vier großen Bergarbeiterverbände befaßt sich heute in eingehender Beratung mit der gegenwärtigen Lage im Ruhrrevier. Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Die Bergarbeiterverbände warnen nachdrücklich alle besonneneren Bergarbeiter, sich an dem Generalstreik zu beteiligen. Es bedarf keiner Gründung einer Bergarbeiterunion; denn die vier Bergarbeiterverbände bilden schon seit langer Zeit eine festgefügte Arbeitsgemeinschaft, welche die Interessen der Bergarbeiter entschieden vertritt."

Bürgerstreik in Stuttgart.

Stuttgart, 31. März. Infolge des heute verkündeten Generalstreiks der Arbeiterschaft hat der Gegenstreik der Bürgerschaft eingesetzt. Die meisten Geschäfte sind geschlossen. Der Eisenbahn- und Postbetrieb ist eingestellt. Seit 4 Uhr ist die Stadt auch ohne Gas und elektrisches Licht. Das Wasserwerk arbeitet noch.

Leipziger Straßenbahner streiken auch wieder.

Leipzig, 31. März. Die Leipziger Straßenbahner sind erneut in eine Lohnbewegung eingetreten, trotz der ihnen kürzlich gewährten ganz bedeutenden Lohnzulagen. Verlangt wird für Saffner ein Monatsgehalt von 400 Mark, und für Wagenführer von 410 Mark.

Spartakus in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 31. März. Die in letzter Zeit auch hier wesentlich verschärfte Lebensmittelnot führte heute zu schweren Unruhen. Um 11 Uhr vormittags begab sich ein Zug von 700 Arbeitern zu dem Lebensmittelamt, um wegen der ihnen entzogenen Schwerarbeiterzulage zu demonstrieren. Im Anschluß hieran ereignete sich auf dem Börnerplatz, auf dem allerlei zweifelhafte Händler ihre Verkaufsstände haben, ein schwerer Zusammenstoß zwischen diesen, den Demonstranten und der Sicherheitswehr. Es wurden dabei drei Zivilisten getötet und ein Matrose gelyncht und in den Main geworfen. Die Menge stürmte dann zwei in der Nähe befindliche Polizeireviere, verbrannte die Akten und plünderte die Wohnung des Polizeikommissars. Dann zog der Haufe nach dem Polizeigefängnis, ließ die Gefangenen entweichen und legte an das Gerichtsgebäude Feuer, das gegen 10 Uhr abends noch nicht gelöscht war. Es wurden dann sämtliche Lebensmittelgeschäfte in der Neuen Zeil, ferner das Geschäft von Schepeler am Holzmarkt und das Hotel Frankfurter Hof gestürmt und vollständig ausgeraubt. Die Polizei hat ihre sämtlichen Hilfsmannschaften aufgeboten, um der Unruhen Herr zu werden. Um 9 Uhr abends mußten alle Wirtschaften geschlossen sein, und kein Zivilist durfte mehr die Straße betreten. Durch die Straßen wurden lange Züge von Unruhestiftern mit hocherhobenen Händen von Polizeimannschaften abgeführt. Teilweise herrschte lebhaftes Gewehrfeuer.

Eine neue Spartakus-Revolution im April?

Nach den „B. N. N." soll Grund zu der Annahme bestehen, daß in den nächsten Tagen des 7. oder 8. April die neue Spartakusrevolution losbrechen wird. Diesmal sollen die Spartakusse die Absicht haben, einen Riesenapparat auf die Beine zu bringen und sich nicht davor zu scheuen, im großen Maßstabe mit Fliegerbomben und Fliegerpfeilen zu arbeiten. Die Waffenuntersuchungen haben im Verhältnis zu den Beständen der Spartakusse eine so geringe Anzahl von Waffen wieder herausgeschafft, daß die Aufrührer noch sehr große Bestände in den Händen haben müssen. Insbesondere seien in Spandau große Mengen Waffen aller Art angefertigt worden und verschwunden, ohne daß man bisher ermitteln konnte, wo sie sich befinden. In den Kreisen der Soldatenräte hege man sehr ernste Besorgnisse, daß man den Spartakussen diesmal nicht gewachsen sein werde, zumal große Truppenbestände zum Grenzschutz abgegangen seien.

Drohender Eisenbahnerstreik in Preußen.

In Essen fand eine Versammlung von annähernd 7000 Eisenbahnbeamten aus dem ganzen Direktionsbezirk Essen statt, in der mitgeteilt wurde, daß die Beamtenräte aus allen Eisenbahndirektionen der preußischen Monarchie am 25. d. Mts. ein Ultimatum an die Regierung gerichtet haben, in dem die Forderungen der gesamten Eisenbahnbeamtenschaft der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen, insbesondere nach Entschuldigungs- und anderen Zulagen, niedergelegt sind. Dieses Ultimatum setzt der Regierung eine Frist zur Bewilligung der Forderungen bis zum 10. April. Wenn die Forderungen bis dahin nicht erfüllt worden sind, wird zunächst eine achtstündige Ruhepause im Eisenbahnbetrieb eintreten, und wenn die Forderungen auch dann noch nicht bewilligt sind, wird die Eisenbahnbeamtenschaft im gesamten Bereich der preußisch-hessischen Staatsbahnen sofort in den Ausstand treten.

Streikgefahr auch in Frankreich.

Genf, 31. März. Wie aus Paris berichtet wird, hegt die französische Regierung die ernsthafte Befürchtung, daß die Vorkommnisse in Ungarn Rückwirkungen auf die Haltung der französischen Arbeiterschaft haben können. Die Pariser Polizeibehörden haben bereits eine Reihe von Verhaftungen von Persönlichkeiten vorgenommen, die in dem Verdacht stehen, in der Arbeiterpresse und in den Kreisen des linken Flügels der Sozialdemokratie eine Agitation gegen die Pläne der Alliierten in der ungarischen Frage betrieben zu haben.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Für die Woche vom 7. bis 13. April werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 1 Pfd. Möhren zum Preise von 17 Pfg. 1 Spinat in Büchsen, ¼ Pfd. Kunsthonig zum Preise von 20 Pfg. auf Bezugsschein 48 bis 50; dieselben sind Mittwoch, den 2. und Donnerstag, den 3. d. Mts. abzugeben. Der Verkauf der Ware erfolgt von Donerstag, den 10. bis Sonnabend, den 12. d. Mts. Den Verkaufsstellen ist untersagt, die Waren schon eher zum Verkauf zu bringen.

Ein neuer besoldeter Stadtrat

soll, wie wir hören, von hiesiger Stadt angestellt werden, da die sämtlichen Magistratsmitglieder außer den beiden Bürgermeistern, nämlich die Stadträte Barth, Blankenburg, Dietrich, Doblowitz, Schmidt und Teichmann ihre Aemter niederzulegen sich entschlossen haben. Sie wollen nur noch bis zum 30. Juni amtieren. Da es an in der städtischen Verwaltung erfahrenen Personen in der heutigen Mehrheit mangeln dürfte, wird sich die Verstärkung des Magistrats durch einen Verwaltungsbeamten nicht umgehen lassen.

Mitteldeutsche Privatbank.

In der Aufsichtsratsitzung der Mitteldeutschen Privatbank, Aktiengesellschaft Magdeburg, wurde beschlossen, der auf den 25. April einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. (wie im Vorjahr) in Vorschlag zu bringen.

Dienst-Jubiläum.

Der Malergehilfe Schröder ist heute 30 Jahre bei dem Malermeister Galtzer beschäftigt. In Anbetracht seiner treuen langjährigen Arbeit wurde ihm aus diesem Anlaß eine Geldspende überreicht.

Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Eiern.

Wie uns der Magistrat mitteilt, soll die Zwangsbewirtschaftung der Eier auch im hiesigen Stadtkreise nicht aufrechterhalten werden, es handelt sich lediglich darum die Versorgung der Kranken sicher zu stellen. Ueber die Maßnahmen, die zu diesem Zwecke getroffen worden, verlautet noch nichts bestimmtes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190402-15/fragment/page=0002
DFG

Firmenänderung.

Der Vorschuß-Verein zu Merseburg führt von heute ab den Namen „Merseburger Vereinsbank e. G. m. b. H.". Im Geschäftsbetriebe sowie in der Zeichnungsweise der Vorstandsmitglieder tritt keine Aenderung ein.

Fortbildungsschulen.

Die Aufnahme neuer Schüler in die gewerbliche Fortbildungsschule findet Sonntag, den 6. April vorm. 11 Uhr, in der Volksschule I, Roßmarkt 8, statt.

In der kaufmännischen Fortbildungsschule findet die Aufnahme Sonnabend, den 5. April, nachm. 3 Uhr, Karlstr. 4 statt.

Volksküche.

Die Wiedereröffnung der Volksküche seitens des Magistrats findet am Montag, den 7. April statt. Die Entnahme der Wochenkarten muß Sonnabend, den 5. d. Mts., vormittags von 11—1 Uhr an der Kasse der Küche erfolgen, damit die Teilnehmerzahl rechtzeitig feststeht. Da ehrenamtliche Kräfte nicht mehr im bisherigen Umfange zur Verfügung stehen, ist eine Erhöhung der Preise eingetreten. Näheres im Anzeigenteil.

Milchhöchstpreise.

Nachdem infolge landrätlicher Bekanntmachung die Milchhöchstpreise für Erzeuger erhöht worden sind, werden nun die Kleinhandelspreise wie folgt neu festgesetzt: Vollmilch 60 Pfg. für das Liter, Magermilch 28 Pfg. für das Liter.

Zur Erhöhung des Milchpreises

Bekanntlich stößt aller Orten die Milchlieferung auf die größten Schwierigkeiten. Ist schon an sich in dieser Jahreszeit die Milchergibigkeit der Kühe nur gering, so wird sie auch herabgesetzt durch den Futtermangel und durch den enormen Unterschied zwischen den Nutzviehpreisen und den behördlich festgesetzten Schlachtviehpreisen. Für eine Kuh muß der Landwirt 2400 bis 3000 Mark anlegen; wird sie ihm als Schlachtvieh fortgeholt, so erhält er 500.— bis 800.— Mark. Daß die Neigung zum Aufstellen von Nutzvieh unter diesen Umständen auf dem Nullpunkt angelangt ist, versteht sich von selbst. Durch ständige Einwirkungen ist es der Kreisverwaltung gelungen, die Landwirte des Kreises zur Fortsetzung der Milchlieferungen zu veranlassen; überall haben sich die Landwirte ungeachtet ihrer durchaus gerechtfertigten Beschwerden im Interesse der Allgemeinheit bereit erklärt, weiter Milch zu liefern. Hinsichtlich der Preisbemessung müßte indeß eine bisher schwer empfundene Ungerechtigkeit beseitigt werden. Bisher erhielten diejenigen Kuhhalter, die zwangsweise an Molkereien angeschlossen waren, nicht den vollen Erzeugerhöchstpreis; dieser wurde gekürzt durch die Kosten der Anfuhr und der Kannenmiete. Der Kreisausschuß hat sich nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Provinzialbehörde diese Ungerechtigkeit auszugleichen, und allen Landwirten den vollen Erzeugerhöchstpreis zu gewähren, vorausgesetzt, daß Milch mit normalen Fettgehalt geliefert wird. Dies bedingt eine geringfühige Erhöhung der Milchpreise, wie sie in der jüngst veröffentlichten Anordnung des Kreisausschusses enthalten ist. Es steht zu erwarten, daß sich die versorgungsberechtigte Bevölkerung mit ihr abfinden wird, sie war unbedingt erforderlich, um die schwer gefährdete Milchversorgung weiter durchzuführen.

Eine musikalische Passionsandacht

wird am Mittwoch abends 7 Uhr in der Altenburger Kirche abgehalten. Chorlieder, Sologesänge und Instrumentalmusik werden mit Verlesung von Schriftworten abwechseln. Nachstehendes gelangt zum Vortrag: Christe, du Lamm Gottes (R. Trägner). Geige: Ave Maria, (Mozart). Chorlieder: Heilig ist der Herr (Schubert), O Welt, sieh hier dein Leben (Bach), Wenn alle untreu werden (Arnold Mendelssohn), Brich entzwei mein armes Herze (Bach). Sologesang: Selig sind, die Verfolgung leiden (Kienzl) und Es ist vollbracht (Bach).

Die Schulentlassungsfeier an der Volksschule I.

fand für Knaben und Mädchen gemeinsam am Montag nachmittag statt in dem großen Saale des Evang. Männer- und Jünglingsvereins. Groß war die Zahl der Erschienenen; außer Lehrern und Kindern hatten sich auch Angehörige der Schulentlassenen eingestellt. Nach dem gemeinsamen Gesang eines Liedes folgten Vorträge einer Reihe von Gedichten und Gesängen durch die Kinder. Den Höhepunkt der Feier bildete eine Ansprache des Leiters der Schule, Rektors Röth, der an der Hand eines Buches von Walter Flex zeigte, wo unsere Jugend und unser Volk das Göttliche, dem es nachstreben muß, finden kann. „Willfährigkeit gegen das Göttliche und Wehrfähigkeit gegen das Menschliche, das gibt dem Menschen Reife und Anmut." Dieses Wort von Walter Flex bildete den Grundzug der Ausführungen des Redners. — Mit einem gemeinsamen Schlußgesange wurde die schöne Feier geschlossen.

Arbeiterrat, Eröffnungssitzung.

Der Magistrat hatte als Leiter der Wahlen am 23. März die gewählten Mitglieder des Arbeiterrates zur ersten Sitzung am Montag, den 31. März einberufen. Gegen diese Maßnahme erhoben die sozialistischen Mitglieder des A.-Rates schärfsten Protest, da hierzu nur der bisherige A.-Rat berechtigt sei. Schließlich waren alle Mitglieder damit einverstanden, daß der frühere A.-Rat die erste Sitzung der neugewählten Mitglieder einberufen solle.

Der Vorsitzende des alten A.-Rates, Herr Langer, eröffnete hierauf die Sitzung. Zunächst sollte der Vollzugsausschuß von 5 Mitgliedern gewählt werden. Die bürgerlichen Vertreter beantragten, die Mitglieder dieses Ausschusses nach der Verhältniswahl zu bestimmen. Gegen diesen Antrag wendeten sich die Herren Schöbel, Seiffert und Fiedler. Nur Handarbeiter könnten als „wahrhaft gerechte, vertrauenswürdige Arbeiterratsmitglieder" gelten, nicht aber solche, die zugleich Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind. Durch geheime Abstimmung wurden folgende Mitglieder in den Vollzugsausschuß gewählt: Medefindt, Fiedler (U. S.), Möbert (M. S.), Körlin, Prüfer (Dem.), — Der Vollzugsausschuß wählte den eigentlichen Vorstand: Fiedler, 1. Vorsitzender, Prüfer, 2. Vorsitzender, Medefindt Schriftführer. — Als Mitglieder des Kreisarbeiterrates wurden gewählt: Langer, Fiedler, Winckler (U. S.), Nebel, Späth (Dem.) — Bei der Besprechung der Aufgaben des A.-Rates entwickelte Herr Schöbel sein politisches Programm. Vor allem müßten jetzt die A.-Räte voll ihre Schuldigkeit tun im Hinblick darauf, daß wir in kürzester Frist die Räte-Republik in Aussicht haben. Der Masse des Volkes, die am schwersten gelitten hat, muß durch die A.-Räte zuerst geholfen werden. Herr Körlin regte an, vor allem praktische Arbeit zu leisten auf folgenden Gebieten: Wohnungsverhältnisse, Ernährungsfragen, Prüfung der Preise, Verkehr, Kohlenversorgung. In gleichem Sinne äußerte sich Herr Knoblauch. Die Herren Schöbel, Fiedler und Seiffert hielten auch die fernere Kontrolle der Behörden für dringend nötig. Vor allem müsse man darauf achten, daß die Behörden im Verkehr mit dem Publikum den rechten Ton wahren. — Herr Langer erörtert auch die Finanzfrage. Die Unkosten des A.-Rates müssen von der Allgemeinheit getragen werden. Zu den bisherigen Kosten des A.-Rates in Höhe von 7000 Mark hat die Stadt 4500 Mark beigetragen, den Rest von 2500 Mark hat die organisierte Arbeiterschaft aufgebracht. Diese Last kann man natürlich ferner nicht weiter der Arbeiterschaft aufbürden. Beim Magistrat soll beantragt werden: 1. daß ein Bürozimmer im Rathause zur Verfügung gestellt wird, 2. daß wie bisher ein Sekretär des A.-Rates vom Magistrat besoldet wird, 3. daß für künftige Vollsitzungen des A.-Rates der Stadtverordneten-Sitzungssaal zur Verfügung gestellt wird. Ferner soll den Mitgliedern, die durch ihre Tätigkeit im A.-Rat Lohn einbüßen, der entgangene Verdienst durch die Stadt ersetzt werden. Zur praktischen Betätigung des A.-Rates für das Gemeinwohl wurden folgende Kommissionen gewählt:

1. Wohnungskommission: Tränkner, Bielig. Kämpf.
2. Preisprüfungskomm.: Knoblauch, Frau Hey, Schöbel
3. Verkehrskomm.: Körlin, Seiffert, Möbert.
4. Ernährungskomm.: Langer, Mehler. Schneider. Recht.

Diese Kommissionen haben nach bestimmter Frist in den Vollsitzungen Bericht zu erstatten. Die Sitzungen des A.-Rates sind künftig öffentlich.

Freiwillige Feuerwehr.

Am 31 d. Mts. hielt die hiesige freiwillige Feuerwehr ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Der Kommandant fand zunächst herzliche Begrüßungsworte an die aus dem Felde heimgekehrten, Kameraden, die in 4 Kriegsjahren Heimat und Herd beschützten, Ferner dankte er den in der Heimat verbliebenen Kameraden für ihre aufopfernde Tätigkeit im Brand- und Wachdienst sowie bei den zahlreichen Verwundetentransporten. Nach der Bekanntgabe von Eingängen folgte die Erstattung des Kassen- und Jahresberichtes. Nach letzterem zählt die Wehr jetzt 128 Mitglieder. 18 treue Kameraden haben ihr Leben für das Vaterland geopfert. Ihr Andenken wird in der Wehr unvergessen bleiben. Mit dem Eisernen Kreuz sind 31 und mit der Roten Kreuzmedaille 5 Kameraden ausgezeichnet worden.

Im Jahre 1918 sind von der Wehr ein Mittel- und mehrere Kleinfeuer gelöscht worden. Ferner wurden 513 Wachen ausgeführt. In der Kriegszeit sind auf dem hiesigen Bahnhofe 66 Lazarettzüge eingetroffen mit insgesamt 8267 [kranken] und verwundeten Kriegern, an deren Abtransport nach den [Laz]aretten die Wehr teilgenommen hat. Passive Mitglieder zählte die Wehr Ende 1918 gegen 200. Aus der von den Beiträgen dieser Mitglieder gebildeten Unterstützungskasse hat die Wehr für Liebesgaben für ihre zum Heeresdienst eingezogenen Kameraden usw. im Ganzen 2245 Mark aufgewendet. Der Jahresbericht schloß mit dem Wunsche, daß sich auch fernerhin stets Männer finden mögen, die bereit sind, in Feuersnot und Gefahr uneigennützig Leben und Eigentum ihrer Mitbürger zu schützen. Die nun folgenden Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Kommandant Privatmann Hirschfeld, stellv. Kommandant Materialienverwalter F. Kellermann, Korpsadjutant Soz.-Sekretär Schultz, Kassierer Barbierherr Menzel. Brandmeister der 3 Kompagnie sind: Tischlermeister Scheibe, Schlossermeister Schrader und Materialienverwalter Kellermann.

Ein von der 1. Kompagnie gestellter Antrag auf Verbesserung des Feueralarms soll der Feuerlöschdeputation eingereicht werden. Gegen 10 Uhr erfolgte Schluß der Versammlung.

Das Hallesche Notgeld wird bis 15. April eingelöst.

Mit Ablauf dieses Monats als Zahlungsmittel ihre Gültigkeit verlierenden 20-Mk.- und 5-Mk.-Kassenscheine (Notgeld) der Stadt Halle können über diesen Zeitpunkt hinaus, und zwar noch bis zum 15 April d. Js. bei der Stadthauptkasse eingelöst werden. Die 50-Pfg.-Scheine behalten auch weiterhin Gültigkeit.

Die bevorstehende starke Verteuerung des Reisens.

Bereits am 1. April treten neue Tarife im Personen- und Güterverkehr in Kraft, die das Reisen ganz außerordentlich verteuern werden. Die preußische Finanzverwaltung will durch diese Tariferhöhungen neue Einnahmen in Höhe von 1436 Millionen Mark erzielen, um den Fehlbetrag im Eisenbahnetat von 2222 Millionen wenigstens zu zwei Drittel zu decken. Im Personenverkehr betragen die Zuschläge für die vierte Klasse 25 Proz., die dritte Klasse 30 Proz., die zweite Klasse 40 Proz. und die erste Klasse 100 Proz. Außerdem werden wie früher Zuschläge für Schnellzüge erhoben; sie betragen in der ersten und zweiten Klasse bei Fahrten bis zu 75 Kilometer 2 Mark, bis zu 150 Kilometer 4 Mark, darüberhinaus 6 Mark. Für die dritte Klasse betragen die Zuschläge die Hälfte der obigen Sätze. Um den Nahverkehr von den Schnellzügen fernzuhalten, ist der Mindestpreis für Schnellzugsfahrkarten für die dritte Klasse auf 5 Mark, die zweite auf 10 Mark und die erste auf 17 Mark festgesetzt. Die billigste Schnellzugsfahrkarte in der dritten Klasse kostet also 5 Mark. Auch Gebühren für das Reisegepäck sind wesentlich erhöht worden. Die Heraufsetzung der Gütertarife beträgt 60 Proz., dieser Zuschlag wird erhoben vom Normaltarif zuzüglich des seit dem 1. April 1918 geltenden Zuschlages von 15 Prozent.

Päckchensendungen

[illegible] in England und in der Schweiz sind nur bis zum Gewichte von 500 Gramm zugelassen; nach den übrigen Ländern können sie jedoch 1 Kilogramm schwer sein. Schwerere Sendungen müssen als Pakete verschickt werden. Ihr Gewicht darf 5 Kilogramm — bei Paketen nach England oder an Gefangene in britischen Lagern in Frankreich 7 Kilogramm — nicht übersteigen.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Eingestelltes Verfahren.

Mücheln, 31. März. Auf der Grube Elise II in Mücheln waren 26 Arbeiteranzüge gestohlen worden und zwei dieser gestohlenen Anzüge fanden sich bei einem Arbeiter in Niedereichstedt wieder, auch verschiedenes Werkzeug, welches ebenfalls der Grube gehörte. Die Angabe, das gestohlene Gut gefunden zu haben, scheint wenig glaubhaft. Da die Straftat unter den Amnestieerlaß fiel, erfolgte die Einstellung des Verfahrens.

General Maerckers Abschied von Halle.

Halle, 31. März. General Maercker hat sich gestern nach fast einmonatiger Tätigkeit in Halle nach Weimar begeben, um von der Regierung neue Aufträge entgegenzunehmen. Am Sonnabend verabschiedete der General sich in einer Konferenz von den Pressevertretern. Die erste Brigade des Freiwilligen Landesjägerkorps bleibt einstweilen noch in Halle Alle Geschäfte, die bisher General Maercker in Halle erledigt hat, werden künftig von der ersten Brigade wahrgenommen. Klugheit, energisches Handeln und strenge Unparteilichkeit in den wirtschaftlichen Streitfragen sichern dem scheidenden General bei dem weitaus größten Teil der Einwohnerschaft ein freundliches Andenken.

Rohe Ausschreitungen gegen einen Landesjäger.

Schkeuditz, 31. März. Wie von amtlicher Stelle berichtet wird, wurde der Jäger Schmidt der 3 Batterie des Freiw. Landesjäger-Korps am Freitag dem Lazarett Schkeuditz vom Arzt überwiesen. Als er in Schkeuditz ausstieg, wurde er von 30 bis 40 Männern, die mit demselben Zuge ankamen, ohne jeden Anlaß umringt, und sofort mit Schimpfworten: „Bluthund, Mörder, Verbrecher" überschüttet und mit Fäusten geschlagen. Der Fahrdienstleiter gewährte ihm im Bahnhofsgebäude Schutz. Unter besonderer Begleitung mußte das Lazarett ihn zurücksenden, da es keine Sicherheit für das Leben des Jägers leisten konnte.

Wahlen zum Arbeiterat.

Schkeuditz, 31. März. Die Wahlen zum Arbeiterrat am Donnerstag abend zeitigten folgendes Ergebnis: Liste Petzold 929 Stimmen, Liste Küpper 220 Stimmen, Ungültig 10 Stimmen. Zusammen wurden also 1159 Stimmen abgegeben, darunter 141 von Erwerbslosen. Das Verhältnis stellt sich 10 : 2.

Ueberraschte Gänsediebe.

Querfurt, 30. März. In einem Garten der Sitzenstraße versuchten am Sonnabend vormittag einige ältere Schuljungen drei Gänse zu stehlen. Sie hatten diesen bereits die Köpfe abgeschnitten und wollten das Weite suchen. Sie wurden aber rechtzeitig in diesem Vorhaben gestört, worauf sie ohne die Gänse ausrissen. Die Namen der jugendlichen Diebe konnten festgestellt werden.

Aus Provinz und Reich

Städte-Notgeld.

Leipzig, 2. April. Die hiesigen 5- und 20-Mark-Scheine behalten bis auf weiteres ihre Gültigkeit, dagegen sind die Weißenfelser 5- und 20-Mark-Scheine von heute ab ungültig.

Eine 100 000 Mark-Stiftung für den Buchhandel.

Leipzig, 31. Mär. Die Witwe des verstorbenen Verlagsbuchhändlers Kommerzienrat Otto Nauhardt, Frau Elisabeth Nauhardt, Inhaberin der Buchhandelsfirma Karl Fr. Fleischer, überwies dem Börsenverein der Deutschen Buchhändler 100 000 Mark zur Errichtung einer Stiftung, aus der hilfsbedürftigen Buchhändlern Unterstützungen gewährt werden sollen.

Wettervoraussage

Mittwoch, den 2. April. Wolkig, tagsüber milder, ohne nennenswerte Niederschläge.

Letzte Depeschen

Amerika macht nicht mehr mit?

Rotterdam, 1. April. (Eig. Drahtber.) „Daily Tel." meldet Montag aus Newyork: Der Korrespondent der „Newyork Times" bei der Friedenskonferenz in Paris, Dulahan, drahtet seinem Blatte, daß Amerika sich von der Friedenskonferenz zurückziehen würde. Der Berichterstatter ist einer der zuverlässigsten Vertreter der Newyorker Zeitungen und seine Berichte werden in Amerika mit großem Ernst gelesen. In seinem Telegramm heißt es: Werden die Ergebnisse der Friedenskonferenz nicht besser, dann ist es wahrscheinlich, daß der Welt eine große Sensation bereitet wird. Tatsächlich sind die Sitzungen des Rates der Vier auf dem toten Punkt angelangt. Diese ganze Woche ist vergeudet worden, so daß ernstlich die Gefahr einer Krisis entstanden ist und der Präsident vor dem Entschluß steht, die Konferenz zu verlassen.

Noch kein Generalstreik im Ruhrrevier?

Berlin, 1. April. (Eig. Drahtber.) In amtlichen Kreisen wird an dem tatsächlichen Ausbruch des Generalstreiks im Ruhrgebiet noch gezweifelt. Die Entschließung der 4 Bergarbeiterverbände dürfte, so hofft man, die Mehrzahl der Bergarbeiter von der Teilnahme am Streik zurückhalten. Ob die Zahl der Streikenden sich inzwischen noch erhöht hat, steht noch nicht fest.

Der Belagerungszustand auch über Stuttgart verhängt.

Stuttgart, 1. April. (Eig. Drahtber.). In Stuttgart wurde heute 11 Uhr vormittags die Verhängung des Belagerungszustandes über Stuttgart und Oberamt Eßlingen und Böblingen verkündet. Restaurants, Theater etc. sind geschlossen. Nach 9 Uhr abends darf sich niemand auf den Straßen zeigen. Der Bürger-Abwehrstreik ist in vollem Gange. Die Zeitungen sind heute früh noch erschienen.

Ruhe in Italien?

Lugano, 31. März. (Eig. Drahtber.) Wie die „Stampa" meldet, sind alle Gerüchte über Unruhen und Ausschreitungen den Tatsachen widersprechend. Es ist nur in einigen Orten in Italien zu politischen Kundgebungen gekommen, die jedoch keinen ernsten Charakter hatten. Revolutionäre Strömungen sind im Lande gewiß vorhanden, doch haben sie sich noch nicht hervorgewagt. Die breite Masse der Bevölkerung lehnt jede revolutionäre Propaganda ab.

Clemenceau vor dem Sturz?

Zürich, 31. März. (Eig. Drahtber.) Aus Paris wird gemeldet: Die Pariser Blätter verhelen sich nicht der Schwierigkeiten, die sich aus den parlamentarischen Kämpfen für Clemenceau ergeben. Die Linkssozialisten, sowie eine neue Oppositionspartei haben schonungslos den Kampf gegen Clemenceau begonnen. Sie verurteilen auf das schärfste die Forderungen Deutschland gegenüber. Die jetzige Konferenz macht es Clemenceau unmöglich, in der Kammer der Opposition gegenüber zu treten und dort das Wort zu ergreifen. In Pariser politischen Kreisen rechnet man mit einem Sturze Clemenceaus und ist der Meinung, daß die nächsten Tage diesen herbeiführen können: (??)

Deutschland und der Völkerbund.

Haag, 31. März. (Eig. Drahtber.) Aus Paris wird gemeldet: In den letzten Tagen haben sich viele Stimmen erhoben, die die sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund für wünschenswert halten, namentlich von amerikanischer Seite erfährt diese Absicht tatkräftige Unterstützung. Clemenceau opponiert heftig dagegen, doch glaubt man bestimmt damit rechnen zu können, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen wird. (Unter welchen Bedingungen?)

Ein Personenzug während der Fahrt ausgeraubt.

Elberfeld, 31. März. Die Unsicherheit für die Reisenden auf den einzelnen Bahnstrecken im Eifelgebiet nimmt immer mehr zu. Gestern bestiegen etwa 200 junge Burschen von 18 bis 20 Jahren den von Euskirchen nach Liblar fahrenden Personenzug. Während der Fahrt verteilten sie sich auf die einzelnen Abteile und zwangen die Reisenden unter Drohung mit Dolchen und anderen Waffen zur Herausgabe von Lebensmitteln und Wertsachen. Obwohl die Notbremse gezogen wurde, fuhr der Zug in beschleunigter Fahrt weiter. Als er wegen Achsenbruches in Derkum halten mußte, brachten sich die Ueberfallenen in Sicherheit, da ihnen Schutz nicht gewährt werden konnte, während die Räuberbande entkam.

Haig will den Oberbefehl niederlegen!

Köln, 31. März. Heute ist hier die erste Nummer der von jetzt an täglich in Köln erscheinenden englischen Zeitung „The Cologne Post" ausgegeben worden. Die Redaktion der Zeitung wird von Offizieren der zweiten englischen Armee ausgeführt: Das Blatt meldet, daß Sir Douglas Haig in Kürze den Oberbefehl niederlegen werde:

40 000 Mann Ententetruppen in Bukarest eingerückt.

Rotterdam, 31. März. Die „Daily Mail" meldet: In Bukarest sind 40 000 Verbandstruppen eingerückt. Gegen Klausenburg und Hermannstadt sind Verbandstruppen im Anmarsch zur Unterstützung der rumänischen Truppen. Ueber Rumänien und die besetzten ungarischen Gebiete ist der Belagerungszustand verhängt. Auch in Serbien werden Truppen der Verbündeten zusammengezogen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190402-15/fragment/page=0003

P. P.

Hierdurch teilen wir höflichst mit, daß unsere Genossenschaft von heute ab die Firma:

Merseburger Vereinsbank, e. G. m. b. H.

führen wird.

In unserem Geschäftsbetriebe tritt dadurch keine Aenderung ein und auch die Unterzeichnung der Vorstandsmitglieder bleibt dieselbe wie bisher.

Wir bitten, hiervon gefälligst Notiz zu nehmen und unserem Verein auch unter der neuen Firma das bisherige Wohlwollen zu bewahren.

Hochachtungsvoll

Merseburger Vereinsbank, e. G. m. b. H.

vorm. **Vorschuss-Verein zu Merseburg, e. G. m. b. H.**

B. Hartung. Hädecke. Ortmann.

KAMMER-LICHTSPIELE

Kl. Ritterstr. 3 — Fernruf 529

Ab Dienstag bis Donnerstag:

„Aus der Jugendzeit klingt ein Lied!!"

Ein prächtiges Bild aus der Biedermaierzeit in 4 Akten von Dr. Willy Wolf mit **ELLEN RICHTER** in der Hauptrolle.

Hierzu ein gewaltiges, prächtiges Bei-Programm!

Anfang 7¼ Uhr

Cinophontheater

Fernruf 215 — Grosse Ritterstrasse 1 — Fernruf 215

Der Liebe Macht, des Rechtes Sieg.
Großes Schauspiel in 5 Akten.

Falsches Geld!
Kriminaldrama in 4 Akten mit **Moses Enger.**

Fliegentüten - Othello!!!
Lustspiel in 2 Akten mit **Paul Berkers.**

Heute Montag zum letzten Male:

Das Tagebuch einer Verlorenen

In Vorbereitung:

OPIUM!!!

Stadttheater Halle

Dienstag, 7 Uhr: **„Der G'wissenswurm".**
Mittwoch, 7 Uhr: **„Ilsebill."**

Achtung!

U. D. K.

Mittwoch 7½ Mittwoch

„Weißner Hof"

Der Lehrerverein Merseburg

hat beschlossen, bei Erteilung von Privat-Stunden einen Mindestsatz von 3 Mark für die Stunde zu erheben.

Der Vorstand.

Militärhose

zu kaufen gesucht. Angebote unter **M. H. 96** an die Exp. dieses Blattes.

Besseres Herrenzimmer

sofort zu vermieten.
Menschauerstraße 15, I.

4—5 Zimmer-Wohnung

sofort zu mieten gesucht.
Angebote unter **Z. W. 111** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Suche per 1. Mai od. später 2—3 Zimmer-Wohnung ev. Häuschen mit Garten Nähe Merseburg.
Hartmann Merseburg, Str. 38p.

Kegelbahn

Donnerstag od. Freitag abend zu mieten gesucht. Angebote unter **K. 110** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein Einfamilien Haus

zu mieten oder zu kaufen gesucht. Offert unter **E. H. 113** an d. Geschäftsstelle d. Zeitung.

Brautpaar

sucht zum 1. Juli ev. spät. od. früher 3 od. 4-Zimmerwohnung in Merseburg od. nächst. Umg. Offerten unter **E. 88** an die Expedition d. Blattes erbeten.

Fuhren

aller Art

werden angenommen sowie

leichte Möbel-Fuhren.

Albert Gautzsch

Vorwerk 20.

Pferde-Versteigerung

Am **Sonnabend, den 5. April 1919, vormittags 10 Uhr,** werden auf dem Rittergutshof Dölkau

2 dreijährige Pferde, 1 vierjähriges und 2 ältere Arbeits-Pferde

meistbietend verteigert

Rittergut Dölkau bei Schkeuditz.

Freiwillige Versteigerung.

Zum Zwecke der Erbauseinandersetzung soll das im Grundbuche von Spergau Band 16 Blatt 384 auf den Namen der Frau Fanny Edler geb. Köthel in Spergau eingetragene Gasthaus-Grundstück „Zum Bäumchen", zu welchem ein Hausgarten und über 6 Morgen Acker gehören,

am 9. April 1919, Vorm. 10 Uhr

in meiner Amtsstube in Merseburg, Poststraße Nr. 14 öffentlich meistbietend versteigert werden. Die Bedingungen sind dort einzusehen.

10 % des Gebots sind als Sicherheit bar zu hinterlegen.

Merseburg, im März 1919.

Dr. Rademacher,
Notar.

Wiesenverpachtung.

Sonnabend, d. 5. April d. J. nachm. 1 Uhr findet im Gasthaus zu Rössen die Verpachtung von circa 5 Morgen Wiese auf ein Jahr in Trebnitz u. Rössen'er Flur gelegen in 5 ein einen Plänen öffentlich meistbietend statt. Bedingungen im Termin.

Albert Franke, Auktionator.

Spekulationsobjekt für Kapitalisten.

Wohnhaus m. cr. 4 Morgen Garten in Merseburg zur Anlage von Wohnhäusern, schön an der Saale gelegen, unter günstigen Bedingungen durch mich zu verkaufen.

Nur schriftl. Offerten erbeten an **Albert Franke, Merseburg.**
Halleschestraße 27.

Grundstücksverkauf.

Das Scheunengrundstück in Leuna Nr. 43 mit circa 10 qm Straßenfront und 150 qm Land, vorzügliche Geschäfts- u. Wohnlage soll Sonntag am 6. April d. J. nachmittag 2 Uhr im Gasthause zu Leuna öffentlich meistbietend versteigert werden.

Bedingungen im Termin.

Im Auftrage des Besitzers:

Albert Franke, Auktionator.

Gasthofsverkauf.

Ein Gasthof mit Tanzsaal, gegenüber, schönem Garten, 1½ Morgen Acker, in großem Dorfe b. Merseburg bei 25—30 000 M. Anz. Familienverhältnisshalber durch mich sofort zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt:

Albert Franke, Merseburg.
Halleschestraße 27.

Auskunft umsonst bei Schwerhörigkeit

Ohrengeräusch, nerv. Ohrschmerz über unsere tausendfach bewährten, patentamtlich geschützt. **Hörtrommeln.** Bequem und unsichtbar zu tragen. Glänzende Anerkennungen.

Sanis Versand München 583b

Ausgekämmtes Damenhaar

kauft höchstzahlend

Alfred Klinge,
Bahnhofstraße 8.

Ein Toilletten-Spiegel (10 Mk.) Zwei gebr. Küchenstühle (Stück 3 Mk.), ein desgl. Korb-Sessel (10 Mk.) verkäuflich bis **11 Uhr vormittags.**

Weissenfelser Strasse 31
(1 Treppe links.)

Prima Weißkohl und Speiseröhren.

Gärtnerei Trebst.
Nordstraße.

Gebr. Bethmann.

Werkstätten für Wohnungskunst

Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80.

Antike Möbel.

Esparsette Kleesamen

gibt gegen Saathafer ab; auch habe noch Rieuttamen abzugeben.

Oswald Berthold:
Bissen

Neue Dachrinnen Zinkarbeiten

sowie Reparaturen werden schnell ausgeführt.

C. Höser,
Installations-Geschäft,
— Markt 8. —
Telephon 622.

Nähmaschinen

werden schnell u. gut repariert bei **L. Albrecht,** Halleschestr. 19.

Für die anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes OSWALD erwiesenen Ehrungen sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Otto Dorn und Frau.

Merseburg, im März 1919.

Für die mir anläßlich der Konfirmation meines Sohnes

Waldemar

zugegangenen Aufmerksamkeiten herzlichen Dank!

Frau Klara Wolf.

Für die uns zur Konfirmation unseres Sohnes

Georg

erwiesenen Aufmerksamkeiten und Glückwünsche herzlichen Dank!

Merseburg, den 31. 3. 19.

E. Horschler u. Frau.

Für die uns zur Konfirmation unseres Sohnes

Willy

erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen herzlichen Dank!

Merseburg, den 31. 3. 19.

O. Hühnerbein u. Frau

Rhabarberpflanzen,
Johannisbeersträucher, Himbeersträucher, Erdbeerpflanzen, Lahtenkartoffeln etc.,
Steckzwiebeln
1 Kilo 4,50 M, Postkolli 20 M.
Für später:
Tomaten- u. Gemüsepflanzen
Jedes Quantum liefert.
Thalacker Baumschulen Leipzig.

Neu- und gebrauchte

—Tennisbälle—

kauft jederzeit

W. Merseburg,
Brauhausstraße 15.

Wir zahlen für
Kaninfelle 1 Mark p. Stück
Hasen-, Katzenfelle 2 Mark p. St.
F. Kammerling u. Sohn, Leipzig
Einsenden per Nachnahme.

Für Gartenlaube wird Weißen-Kraut

zu kaufen gesucht. Angebote unter **G. L. 112** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wäscherolle zu verkaufen.

Breitestraße 5, part.

Eine guterhaltene

Gartenlaube

zu verkaufen.

Domprobstei 1.

Bäckerei

zu kaufen gesucht. Offert. erbitte unter **K. S. 117** an die Expedition d. Blattes.

Arbeiterin

(verheiratete Frau)

zum Flaschenspülen u. sonst. Arbeiten suchen **Gross & Co.,** G. m. b. H., Antonienstraße 18.

Für die städt. Volksküche werden für sofort

tüchtige, anständ. Frauen

für die Küche und zum Kartoffelschälen gesucht.

Zu melden in der Volksküche
Sessnerstraße.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 7 bis 13. April 1919 werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt:

1 Pfd. Bohnen zum Preise von 17 Pfg.	auf Bezugschein Nr. 48	
1 „ Spinat in Büchsen zu den auf den Büchsen aufgedrückten Preisen	auf Bezugschein	49
¼ „ Kunsthonig „ „ „ 20 „	„	50

Abgabe der Bezugscheine Nr. 48 bis einschließlich 50 am Mittwoch, den 2. April und Donnerstag, den 3. April 1919.

Einreichung der Forderungsnachweise durch die Verkaufsstellen bis spätestens Sonnabend, den 5. April 1919, mittags 12 Uhr.

Verkauf der Ware von Donnerstag, den 10. April bis einschließlich Sonnabend, den 12. April 1919 gegen Abgabe der Quittungsabschnitte.

Den Verkaufsstellen ist verboten, die zugeteilten Waren schon vor Donnerstag jeder Woche zum Verkauf zu bringen.

Merseburg, den 1. April 1919.

L.-A. II. 864/19. — Das städtische Lebensmittelamt.

Unsere Filiale in Merseburg befindet sich jetzt:

Burgstraße 13

„UNION".

Färberei und chemische Reinigungs-Anstalt

F. Gellen.

Fabrik-Grundstück

mit Gleisanschluß und Gebäuden, möglichst Einlegerei Essigfabrik, Brauerei oder dergl. gesucht.

Angebote mit genauer Beschreibung durch die Expedition dieser Zeitung.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Lotz, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: E. Balz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190402-15/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 69 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Mittwoch, den 2. April 1919.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

50 000 Arbeiteransiedlungen.

Weimar, 31. März. Bei der Beratung des Haushaltungsausschusses der Nationalversammlung über die Siedlungsverordnung vom 21. Januar teilte Geheimrat Krause auf Anfrage mit, daß in Preußen Siedlungen für 50 000 gewerbliche und industrielle Arbeiter in Frage kämen. Geheimrat Sehring erklärte, der Bauernschaft im Osten soll ungefähr die Fläche wieder zurückgegeben werden, die ihr im Laufe der Jahrhunderte entzogen worden sei.

Württembergs und Badens Zusammenschluß.

Ueber die Bestrebungen, Württemberg und Baden zu vereinigen, haben in Weimar Besprechungen zwischen Parlamentariern aller Richtungen dieser beiden Staaten mit ihren Regierungen stattgefunden. An hiesiger amtlicher Stelle wird nach dem Blatte die Besprechung optimistisch beurteilt.

Große Worte der Bürgerlichen in Bayern.

In Bayern beginnt die Lage anscheinend wieder bedenklich zu werden. Der zwischen der mehrheitssozialistischen Regierung und den bürgerlichen Parteien künstlich zustande gebrachte Kompromiß gerät ins Wanken. Die Landtagsfraktionen der bürgerlichen Parteien haben mit ihrem Unwillen nicht mehr zurück. Den Reigen eröffnet die Bayerische Mittelpartei, die mit einer Kundgebung an die Oeffentlichkeit tritt, in der es heißt: „Die Regierung hat sich hinsichtlich der Verwirklichung des Sozialismus nicht an die ihr erteilten Vollmachten gehalten. Wir fordern deshalb, daß der Landtag erneut zusammentritt, daß er das Provisorium für beendet erklärt und daß er das Ministerium auffordert, wegen seiner bisherigen Ausführungen der Vollmachten Rechenschaft gibt."

Sozialisierung der bayerischen Presse?

München, 31. März. Zur Erörterung der Frage der Sozialisierung der bayerischen Presse kamen auf Veranlassung des Zentral-Wirtschaftsamtes am Sonntag Vertreter des Zeitungswesens und Schriftthums, sowie der kaufmännischen und technischen Angestellten des Zeitungsgewerbes im Ministerium für Handel und Gewerbe zusammen, wobei der Leiter des neuen Zentral-Wirtschaftsamtes Dr. Neuenrath die Notwendigkeit der Sozialisierung der bayerischen Presse darlegte. Es soll zunächst den Preßorganisationen überlassen werden, mit eigenen Reformvorschlägen hervorzutreten.

Sozialistische Mehrheit in Mecklenburg-Strelitz.

Neu-Strelitz, 31. März. Die gestern vollzogenen Wahlen zum ersten ordentlichen Landtag des Reichsstaates Mecklenburg-Strelitz haben eine sozialistische Mehrheit von einer Stimme ergeben, nämlich 18 von 35 Abgeordneten. Die Wahlen zum verfassunggebenden Landtag hatten Stimmengleichheit ergeben und zwar 21 zu 21. Die sozialistische Mehrheit stammt vorzugsweise aus den Rittergütern, während die neuen Städte des Landes zusammen überwiegend bürgerlich gewählt haben. Die Wahl war diesmal durch ein Bündnis aller liberalen Richtungen mit den Konservativen gekennzeichnet.

Lebensmittel aus Holland.

Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, sind seit Sonnabend und Sonntag 8000 Tonnen Lebensmittel von Rotterdam unterwegs nach Deutschland. Weitere 8000 To. sollen am Montag abgehen.

Ausfahrt der Lebensmittel-Dampfer.

Bisher haben insgesamt 55 zur Ablieferung an die Entente geschickte Lebensmitteldampfer mit zusammen ungefähr 350 000 Bruttoregistertonnen den Hafen Hamburg verlassen. Außerdem sind drei Wohnschiffe und drei Dampfer zur Rückbeförderung der entlassenen deutschen Mannschaft ausgelaufen.

Anmeldung russischer Geldzeichen.

Auf Grund des § 3 des Gesetzes, betreffend Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln vom 15. März 1919 ist vom Reichsminister der Finanzen folgendes bestimmt worden:

Alle im Inland befindlichen Bestände an Geldzeichen (Banknoten, Kreditbilletten, Münzen usw., aber nicht Anleihezettel und Zinsscheine), die auf Rubel russischer Währung lauten, gleichgültig, ob sie In- oder Ausländern gehören, sind in der Zeit von 5. bis 15. April 1919 bei einer Reichsbankanstalt (in Berlin bei der Statistischen Abteilung der Reichsbank (Berlin SW. 19) anzumelden. Für die Anmeldung stellt die Reichsbank Formulare zur Verfügung. Es wird darauf hingewiesen, daß jeder, der nach dem 15. April 1919 im Besitze von Zahlungsmitteln der bezeichneten Art betroffen wird, ohne eine Bescheinigung der Reichsbank über die Genehmigung ihrer Ein- oder Durchfuhr oder über ihren Erwerb durch Vermittlung oder mit Genehmigung der Reichsbank oder über ihre Anmeldung bei der Reichsbank beibringen zu können, den in den §§ 5 und 6 des Gesetzes betreffend Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln vom 15. März 1919 angedrohten Strafen und sonstigen Nachteilen unterliegt.

Präsident von Zedlitz †.

Der bekannte konservative Parlamentarier Freiherr Octavio von Zedlitz u. Neukirch ist im Alter von 78 Jahren in seiner Wohnung in Berlin gestorben. Er wurde am 6. Dezember 1840 in Glatz als Sohn des damaligen Regierungspräsidenten Konstan in und den Delegierten der Städte und Komitate die Landesversammlung der Räte gebildet worden. Diese Landesversammlung wird die gesetzgebende Körperschaft der ungarischen Sowjetrepublik sein. Das aktive und passive Wahlrecht erhalten alle arbeitenden Männer und Frauen über 18 Jahre. Die Soldaten der Roten Armee erhalten gleichfalls das Wahlrecht, ebenso die hier wohnenden Ausländer, welche gemeinnützige Arbeit verrichten. Von der Beteiligung an Staatsgeschäften ist jeder ausgeschlossen, der sich in diese neue Ordnung nicht einfügen und ohne Arbeit leben will.

Weitere Meldungen aus der ungarischen Hauptstadt besagen: Eine demnächst erscheinende Verordnung wird die Arbeiterversicherung auf vollkommen neue Grundlagen stellen, vor allem wird diese Institution vollkommen in die Hände der Arbeiterschaft gelegt. Die Arbeiterversicherung erstreckt sich auf sämtliche Arbeiter. — Der revolutionäre regierende Rat wird sämtliche Hotels kommunisieren. Ueber die Zimmer in den Hotels wird das Wohnungsamt verfügen.

Auflösung der ungarischen Arbeitgeberverbände.

Budapest, 30. März. Auf Grund eines Erlasses des Volkskommissariats für sozialistische Produktion sind sämtliche Arbeitgeber- und Interessenvertretungsvereine aufgelöst. Dementsprechend haben der Landesbund der ungarischen Fabrikindustriellen und der Landesverein der ungarischen Eisenwerke und Maschinenfabriken ihre Auflösung beschlossen. Infolge der Verstaatlichung des Handels wird die Budapester Handels- und Gewerbekammer aufgelöst.

Das russische Sterben.

Laut amtlichen Angaben sind in Petersburg im Laufe des Monats Februar 113 000 Personen, das sind 11 v. H. der Gesamtbevölkerung, gestorben. In Moskau herrschen ähnliche Zustände. Beide Städte werden von Pocken, Typhus und Hungertyphus heimgesucht; auch mehrere cholerähnliche Fälle wurden festgestellt. In Moskau sind Anfang Februar wiederholt über 4000 Personen täglich gestorben. Zu den Toten gehört auch Sverdlow, der Präsident des Vollzugsrats des allrussischen Sowjetkongresses.

Offene Tür in Marokko.

Rotterdam, 31. März. Havas meldet aus Paris, daß der Alliertenrat der Ministerien des Aeußeren einen Ausschuß ernannt habe, der den Auftrag hat, die Bestimmungen über den Friedensvertrag überwegen festzulegen. Der Vertrag soll bestimmen, daß Deutschland sowohl die Algeciasakte wie die deutsch-französische Uebereinkunft vom 2. Februar 1909 und vom 4. November 1911 und ferner alle Verträge, die jetzt noch zwischen Deutschland und Marokko bestehen, für aufgehoben betrachte. Frankreich verlangert den Vertrag über Hafenbestimmungen gegen deutsche Bestimmungen und gegen Deutsche in Marokko und wird von den Alliierten Anerkennung der Nichtigkeitserklärung der Akte von Algeciras im Austausch für Gleichberechtigung im Handel in Marokko — also die offene Tür — fordern (d. h. ausgenommen für Deutschland!)

Vom Auslande

Die Lage in Ungarn.

Die vorläufige Verfassung.

Aus Budapest, 30. März, wird gemeldet: Die Angelegenheiten des Landvolkes werden Dorfräte, diejenigen der Städte städtische Räte erledigen. Aus den Delegierten der Räte der Dörfer und Städte werden Räte der Bezirke und Komitate und aus den Delegierten der Städte und Komitate die Landesversammlung der Räte gebildet worden. Diese Landesversammlung wird die gesetzgebende Körperschaft der ungarischen Sowjetrepublik sein. Das aktive und passive Wahlrecht erhalten alle arbeitenden Männer und Frauen über 18 Jahre. Die Soldaten der Roten Armee erhalten gleichfalls das Wahlrecht, ebenso die hier wohnenden Ausländer, welche gemeinnützige Arbeit verrichten. Von der Beteiligung an Staatsgeschäften ist jeder ausgeschlossen, der sich in diese neue Ordnung nicht einfügen und ohne Arbeit leben will.

Weitere Meldungen aus der ungarischen Hauptstadt besagen: Eine demnächst erscheinende Verordnung wird die Arbeiterversicherung auf vollkommen neue Grundlagen stellen, vor allem wird diese Institution vollkommen in die Hände der Arbeiterschaft gelegt. Die Arbeiterversicherung erstreckt sich auf sämtliche Arbeiter. — Der revolutionäre regierende Rat wird sämtliche Hotels kommunisieren. Ueber die Zimmer in den Hotels wird das Wohnungsamt verfügen.

Annäherung zwischen Deutschland und Rußland nach dem Kriege.

Die in Berlin erscheinende russische Zeitung „Wremja" veröffentlicht in ihrer Nummer vom 26. März einen J. J. P. gezeichneten Artikel unter dieser Ueberschrift. Als Motto sind dem Artikel folgende Worte vorangesetzt, die J. J. P. 1911 in einem russischen Blatte veröffentlicht hat: Jeder ehrliche und kluge Mensch — sei er Deutscher oder Russe — muß jetzt unermüdlich zugunsten einer Annäherung dieser beiden Länder, Deutschlands und Rußlands, arbeiten, denn in dieser Annäherung und wahrhaftigen Freundschaft liegt das Pfand des zukünftigen Blühens beider Länder und Völker."

U. a. schreibt der Verfasser: „Der russische Zar, die Großfürsten und Minister hatten Frankreich für seine Milliarden das Blut von Millionen russischer Soldaten verkauft, und mit diesem Gelde war auch der lästige Teil der russischen Presse und einige Abenteurer gekauft worden. Unter dem Deckmantel der panslawistischen Bewegung und der angeblichen Beschützung der verwandten Balkanvölker begann die Hetze der russischen öffentlichen Meinung gegen Deutschland, das angeblich Rußland exploitiere." Der Verfasser erinnert dann an das bekannte Hetzblatt „Nowoje Wremja", das beinahe in jeder Nummer gegen die Deutschen gehetzt habe, und davon, wie im Juni 1914 Suchomlinow und seine Helfershelfer beschlossen hätten, den Zaren zu betrügen, um die allgemeine Mobilisation durchzusetzen. Auch hier habe französisches Geld die Hauptrolle gespielt. „Ich sehe voraus, wie in Zukunft diese beiden Länder und ihre Völker sich eng aneinander schließen werden, wie Rußland dank dieser Annäherung den Weg des Fortschrittes auf dem Gebiete der Wissenschaft und Zivilisation schreiten wird, in allem bei seinem kulturellen Nachbar lernend, und wie neidlich auf diese Annäherung Franzosen und Engländer blicken werden, denen es niemals mehr und doch nichts gelingen wird, nach ihrer alten Regel: divide et impera — die beiden Länder zu entzweien."

Wir begrüßen diesen Aufsatz, der einer engen Annäherung zwischen Deutschland und Rußland das Wort redet, aufrichtig, müssen jedoch bemerken, daß die Voraussetzungen einer derartigen Annäherung solange nicht vorhanden sind, als gegenwärtige Herrschaft der Bolschewisten in Rußland andauert. Wir glauben fest, daß wenn Rußland zu einem wirklich sozialen Staatswesen wird, seine Machenschaften der Entente die erwünschte Annäherung werden hintertreiben können.

Die Ehre der Treuendorfs.

Roman von Lola Stein.

3] (Nachdruck verboten).

Joachim war aufgestanden und zu dem Bruder getreten. Er legte ihm die Hand auf die Schulter.

„Lassen wir das Gespräch! Du meinst es gut, Kleiner, ich weiß es. Aber was nützt das Reden über eine Sache, an der du doch nichts ändern kannst!"

„Nein, du hast recht. Ich kenne ja deine Halsstarrigkeit! Nun überleg' dir die Chose! Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei, du weißt doch! In sechs Wochen ist meine Hochzeit! Junge, bin ich froh, dann aus dem Druck 'rauszukommen!"

„Bist du nur darum froh, Erich?"

„Ach", meinte der ärgerlich, „laß doch den Ton! Es wird nun auch Zeit, daß wir Toilette machen. Das wird ein großer Zauber heute abend."

„Weshalb bist du eigentlich nicht gleich zu deiner Braut gefahren, Erich?"

„Ach, die hat viel zu tun mit den Vorbereitungen für das heutige Fest. Keine Zeit vorher für mich. Und dann wollte ich auch gern mit dir sprechen, Alter!"

„Worüber?"

„Ich brauche Geld, Joachim. Nicht viel, immerhin einen braunen Lappen."

Ein Schweigen entstand. Joachim war ans Fenster getreten und blickte hinaus. Sein Gesicht war düster, seine Stirn umwölkt. Wieder und wieder diese Bitte um Geld. Er wandte sich ins Zimmer zurück.

Da saß der Jüngere, hübsch und leichtsinnig und rauchte in lässiger Ruhe und Eleganz seine Zigarette und blickte gleichmütig und sorglos den blauen Ringen nach.

„Unmöglich, Erich," sagte Joachim, und seine Stimme war schwer, „unmöglich jetzt! Ich habe sowieso mir einige tausend Mark vorige Woche leihen müssen jetzt vor der Ernte, wo ich so viel Geld brauche. Ich habe nichts mehr."

Erich wurde nun doch einen Schein blasser.

„Mensch," sagte er unruhig, „habe dich nicht! In sechs Wochen ist meine Hochzeit, du weißt es. Dann gebe ich dir alles zurück, nach und nach alles, Joachim! Was kommt es dann auf einen Tausender mehr oder weniger an!"

„Aber man muß diesen Tausender haben, Junge! Und ich habe ihn nicht!"

„Ich muß das Geld haben, Joachim, hörst du, ich muß!"

„Spielschulden, Erich?"

Seine Stimme klang hart.

„Gott, und wenn es so wäre? Examiniere mich nicht! In vierzehn Tagen ist das große Rennen! „Puppi" machts diesmal! Sicher! Und es handelt sich um fünfzigtausend Emmchen! Du kannst mir glauben, ich hole mir den Preis!"

„Und wenn du ihn bekommst, Erich — wieviel bleibt dir davon? Wieviel hast du dir jetzt schon geborgt auf dies Rennen?"

Er wurde nervös unter dem forschenden Blick des Bruders.

„Es ist entsetzlich, wie du einen aufragst! Und was du alles wissen willst! Du machst es einem — weiß Gott — wahrhaftig nicht leicht, zu bitten!"

Joachim lachte kurz auf. „Wenn ich es nur hätte, Erich. Aber woher nehmen?"

„Na, dann nicht," sagte Erich kurz. Aber Joachim sah, wie bleich er wurde, und daß es wie Unruhe und Angst in den schönen Augen flackerte.

Und er sagte sich innerlich: Bald wird es ja anders sein. Bald, wenn er verheiratet ist, eigenes Vermögen hat. Aber dann kam wieder die Angst über ihn, die ihn so gepeinigt in der letzten Zeit. Wie, wenn Erich auch das Vermögen seiner Frau vergeudete!

Er sah ihn an. Erich lehnte jetzt wie gebrochen in seinem Sessel. Fühlte den Blick des Bruders. Sah auf. Eine irre Angst lag in seinen Augen.

„Es sind Ehrenschulden, Joachim."

Da ging der junge Gutsherr mit müden Schritten aus dem Gemach Hinüber in sein Arbeitszimmer. Er setzte sich an den Schreibtisch, auf dem Papiere und Bücher sich türmten. Broschüren, landwirtschaftliche Abhandlungen, Rechnungsbücher, Briefschaften, die der Erledigung harrten.

Er schloß den Schreibtisch auf, nahm einige Scheine heraus, verschloß das übrige Geld. Und wandte sich um. Erich war ihm gefolgt, stand immer im Zimmer, beobachtete des Bruders Tun mit flackernden Blicken.

Der reichte ihm die Scheine, sagte mit schwerer Zunge: „Ich weiß nun noch nicht, wovon ich am Ende der Woche alles zahlen soll."

Erich von Treuendorf steckte die Scheine mit einer hastigen Bewegung ein.

„Dank! Du bist immer der Beste, Einzige! Und du sollst es wiederhaben auf Heller und Pfennig! Und nun komm. Es wird die höchste Zeit für uns."

Schweigend stiegen die Brüder die Treppe hinauf, in den oberen Stock des Hauses, wo die Schlafzimmer lagen, um sich für das Fest anzukleiden.

2.

Auf der großen Terasse, die an der Westseite des Schlosses lag, empfing das Ehepaar von Gerlach seine Gäste.

Der Oberst a. D. von Gerlach liebte Geselligkeit großen Stils. Er hatte als reicher Mann vor ein paar Jahren den Abschied genommen, weil seine Gesundheit nicht mehr die beste war und er seinen Lebensabend in heiterer Beschaulichkeit beschließen wollte. In der Mark hatte er sich ein schönes Gut gekauft, das an die Treuendorfsche Besitzung grenzte.

Gerlachs führten ein großes Haus, der Oberst glaubte dies seinen Töchtern schuldig zu sein. Edith die Aelteste, würde in sechs Wochen Frau von Treuendorf sein. Aber nun war Elsbeth, die zweite, aus der Pension heimgekehrt und sollte in die Gesellschaft eingeführt werden. Wenn es ihr ebenso schnell wie der Edith gelang, den passenden Mann zu finden dann würde er sie ja höchstens ein bis zwei Jahre noch im Hause haben. Und dann blieb nur das Nesthäkchen, die jetzt fünfzehnjährige Hertha, der man heute ausnahmsweise erlaubt bei dem Sommerfest zugegen zu sein.

Jetzt traten Joachim und Erich von Treuendorf auf den Oberst zu, um ihn zu begrüßen.

„Du kommst spät, mein Junge," sagte er zu Erich, „die Edith war schon ganz ungeduldig."

Der Regierungsreferendar suchte seine Braut. Zwischen einem großen Kreis junger, lachender plaudernder Mädchen fand er sie.

Die Gäste standen in Gruppen beisammen, plauderten, scherzten. Die Unterhaltung verstummte keinen Augenblick. Denn es fand sich immer derselbe Kreis auf diesen Gütern zusammen. Alter Adel, seit Jahrhunderten im Lande ansässig, Gutsbesitzer und Offiziere mit ihren Damen, selten einmal ein neues, fremdes Element.

Der Oberst stand mit seinem alten Regiment noch in engster Fühlung. Da ihm ein Sohn versagt geblieben war, so stellte er sich freundschaftlich mit den jüngeren Offizieren seines Regiments, lud sie zu sich ein, forderte die Söhne seiner Freunde auf, Kameraden und Freunde in sein Haus zu bringen. Denn er liebte es, Jugend und Frohsinn um sich zu sehen.

Die Damen waren zu diesem Gartenfest in leichten und luftigen Kleidern erschienen, sie trugen große und teilweise phantastische Gartenhüte mit langen seidenen Bändern.

Edith von Gerlach hakte sich in den Arm ihres Verlobten ein.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190402-15/fragment/page=0005

Amtliche Anzeigen

Vorläufige Bedingungen für die Einfuhr von Auslandsware.

Vom 1. April bis 1. September d. Js. kann die diesseitige Stelle zugelassenen Händlern die Einfuhr von frischem Gemüse, Zwiebeln, Tomaten und frischem Obst aus dem Auslande beschränkt freigegeben.

Anträge auf Einfuhrbewilligung und Einkaufsgenehmigung können diesseits nur berücksichtigt werden, wenn

1. in den Einfuhranträgen Art, Menge und Preis der Ware, Herkunftsland, Empfänger und Grenzübergang angegeben sind.
2. der Nachweis erbracht wird, daß entweder
   a) der Kaufpreis zu höchstens einem Drittel in bar durch Devisen bezahlt zu werden braucht, der Rest der Kaufsumme aber auf mindestens 6 Monate vom Tage der Einfuhr ab in ausländischer Währung gestundet wird, oder
   b) zur Bezahlung ein bereits im Auslande bestehendes, nicht durch Einzahlung bei einer deutschen Bank geschaffenes Guthaben verwendet werden soll.
3. Die vorgeschriebenen roten Vordrucke für die Einkaufsgenehmigung — von den Handelskammern erhältlich — dreifach und vollständig ausgefüllt beigefügt werden.
4. Eine noch festzusetzende Gebühr für die Einfuhrscheine bezahlt wird.

Die Anträge sind durch den Magistrat (Kreisausschuß) des Empfangsortes einzureichen. Dieser hat sich bei Weiterreichung mir gegenüber zur Kontrolle über die gleichmäßige Verteilung und die Einhaltung angemessener Verkaufspreise zu verpflichten.

Die diesseitige Stelle muß sich wegen der Begrenzung des Einfuhrkontingents und behufs gleichmäßiger Versorgung aller Teile der Provinz auch die Ablehnung sonst ordnungsmäßiger Anträge sowie deren Einschränkung nach Menge und Art ausdrücklich vorbehalten.

Magdeburg, den 17. März 1919.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende. gez. von Beistel.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 27. März 1919.

Der Landrat.
J.-Nr. 1374 KW. Frhr. von Wilmowski.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 1. Mai bis 15. Juni d. Jrs. sollen im ganzen Kreise zur Erhaltung der Schweinebestände Massenschutzimpfungen gegen die Rotlaufseuche bei Schweinen von den Herren Tierärzten:

1. Tierarzt Dr. Mierisch-Schkeuditz
2. „ „ Schwarz-Markranstädt
3. „ Kohlstöcken
4. „ Thomas-Pegau
5. „ Stephan-Merseburg
6. „ Heinrich-Merseburg
7. „ Günther-Merseburg
8. „ Meißner-Schafstädt
9. „ Fleiner-Benkendorf

vorgenommen werden. Die Kosten für das Serum trägt der Kreis. Die Kosten für die Schutzimpfungen mit 1 Mk. pro Schwein hat der Besitzer zu tragen.

Ich ersuche die Besitzer von Schweinen, namentlich von Kleinbeständen, die Zahl der Schweine bei den Magistraten, Herren Guts- und Gemeindevorstehern zur Schutzimpfung bis Ende April d. Jrs. anzumelden. Versäumnis der Meldung hat zur Folge, daß das Serum vom Besitzer bezahlt werden muß und die Impfgebühr erhöht wird. Die Magistrate, Herren Guts- und Gemeindevorsteher ersuche ich die Anmeldung entgegenzunehmen, die Verzeichnisse aufzustellen und sie den Herren Tierärzten bis 1. Mai d. Jrs. zu übersenden.

Die Gemeinden sind gehalten, bei der Schutzimpfung zwei Hilfsmannschaften zu stellen.

Merseburg, den 19. März 1919.

Der Landrat.
Frhr. von Wilmowski.

Bekanntmachung

Bei der diesjährigen Auslosung von 19500 M Kreisanleihescheine vom Jahre 1883 — I. Anleihe — sind folgende Nummern gezogen worden.

Lit. A. je 3000 M Nr. 19. 36.
„ B. „ 1000 M Nr. 91. 92. 97. 100. 111. 125. 135.
„ C. „ 500 M Nr. 183. 198. 201. 202. 205. 206. 253. 257. 292.
„ D. „ 200 M Nr. 423 424. 437. 531. 685. 686. 774. 784. 849. 850.

Diese Anleihescheine werden den Inhabern mit der Aufforderung gekündigt, die Kapitalbeträge vom 1. Juli 1919 ab bei der hiesigen Kreiskommunalkasse gegen Rückgabe der Anleihescheine sowie der noch nicht fälligen Zinsscheine und der Zinsanweisung in Empfang zu nehmen.

Eine Verzinsung über den 1. Juli 1919 hinaus findet nicht statt; der Wert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrage gekürzt.

Aus früheren Auslosungen sind noch nicht eingelöst:
Lit. B. Nr. 55 über 1000 M
„ C. Nr. 181 „ 500 M

Merseburg, den 11. Oktober 1918.

Der Kreis-Ausschuß Merseburg.
9474. K. A. J. V.: v. Grone

Bekanntmachung.

Bei der diesjährigen Auslosung von 86800 M Kreisanleihescheinen vom Jahre 1891 — II. Anleihe — sind folgende Nummern gezogen worden:

Lit. A. je 5000 M Nr. 5. 16. 17. 23. 47. 57.
„ B. „ 3000 M Nr. 77. 82. 98. 106. 117. 135. 138. 157. 168. 175. 180. 186. 190.
„ D. „ 500 M Nr. 578. 594. 602. 610. 617. 619. 624. 624. 628. 687. 648. 657. 672. 676. 681. 686. 693. 696. 704. 710. 714. 726. 736. 738. 739. 745. 764. 767. 776. 786. 793. 799.
„ E. „ 200 M Nr. 1185. 1187. 1193. 1222. 1225. 1232. 1258. 1275 1281.

Diese Anleihescheine werden den Inhabern mit der Aufforderung gekündigt, die Kapitalbeträge vom 1. Juli 1919 ab bei der hiesigen Kreiskommunalkasse gegen Rückgabe der Anleihescheine, sowie der noch nicht fälligen Zinsscheine in Empfang zu nehmen.

Eine Verzinsung über den 1. Juli 1919 hinaus findet nicht statt; der Wert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrage gekürzt.

Aus früheren Auslosungen sind noch nicht eingelöst:
Lit. B. Nr. 95. 99. 107. 113. über je 3000 M.
„ D. Nr. 590. 611. 631. 632. 636. 638. 683. über je 500 M.
„ E. Nr. 1146. 1191. 1240. über je 200 M.

Merseburg, den 11. Oktober 1918.

Kreisausschuß Merseburg.
4975 K. A. J. V.: v. Grone.

Bekanntmachung.

Unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufes habe ich den Fleischbeschauer Kohle in Zöschen und Aschernedel, an Stelle des bisherigen Fleischbeschauers Stengel, welcher sein Amt niedergelegt hat, bestellt.

Merseburg, d. 26. März 1919.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekret.

:: Kaufmännische :: Fortbildungsschule.

Die Aufnahme neuer Schüler erfolgt am **Sonnabend, den 5. April 1919, nachmittags 3 Uhr, Karlstraße 4.**

Der Schulvorstand.
VI. 115/19.

:: Gewerbliche :: Fortbildungsschule.

Die Aufnahme neuer Schüler findet **Sonntag, den 6. April 1919, vormittags 11 Uhr** in der Volksschule I, Roßmarkt 8, statt. — Alle Gewerbeunternehmer haben jeden von ihnen beschäftigten, noch nicht 17 Jahre alten gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter) zum Eintritt in die gewerbl. Fortbildungsschule anzumelden. Das letzte Schulzeugnis ist vorzulegen.

Der Schulvorstand.
VI. 116/19

Berger'sche Stipendien.

Der Stadt stehen noch einige Berger'sche Stipendien zur Verleihung an Studierende zur Verfügung.

Studierende, welche in Merseburg geboren sind, wollen sich unter Beifügung eines Sittenzeugnisses **schriftlich** binnen **einer** Woche beim unterzeichneten Magistrat bewerben.

Merseburg, den 27. März 1919.
J.-Nr. 162/19. Der Magistrat

— Rhabarber —
starke, sortenechte Teilpflanzen, 1 Stck. M. 1,—
Dahlien-Knollen
in feinsten Farben und Sorten, 1 Stck. M. 1,—
wohlriechenden Wicken-Samen
alle Farben gemischt
1 Portion M. 0,50
Stiefmütterchen-Pflanzen
10 Stück M. 1,50
Trebst
Gärtnerei Nordstr.

Speise-Zimmer,
Herren-Zimmer,
Damen-Zimmer,
Schlaf-Zimmer,
Küchen
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Große Auswahl.
Möbelfabrik
Albert Marlick Nachf.,
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S.,
— Alter Markt 2. —

Wir genehmigen hierdurch, daß die städtischen Polizeisergeanten künftig die Amtsbezeichnung „Polizeiwachtmeister" und die bisherigen Wachtmeister die Amtsbezeichnung „Polizei-Oberwachtmeister" führen. Auch sind wir damit einverstanden, daß denjenigen Exekutivbeamten der Polizeiverwaltungen auf dem Lande, denen auf Grund des Runderlasses vom 28. September 1905 — IIa 4750 — die Amtsbezeichnung „Polizeisergeant" verliehen worden ist, ebenfalls die Amtsbezeichnung „Polizeiwachtmeister" beigelegt wird.

Das Weitere ist hiernach sofort zu veranlassen.

Berlin, den 10. März 1919.

Ministerium des Innern.
gez. Hirsch.

An die Herren Regierungspräsidenten.

Abschrift übersende ich ergebenst zur weiteren Veranlassung.

Merseburg, den 18. März 1919.

Der Regierungspräsident.
gez. v. Gersdorff.

An die Herren Landräte und die Magistrate des Bezirks Merseburg.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 28. März 1919.

I. 898/19. **Der Magistrat.**

Volksküche.

Nachdem der Vaterländische Frauenverein Merseburg-Stadt den Volksküchenbetrieb eingestellt hat, wird der Magistrat mit

Montag, den 7. April 1919

seinerseits für Rechnung der Stadtgemeinde Merseburg die Volksküche eröffnen und in der bisherigen Weise weiterführen.

Um die Teilnehmerzahl festzustellen wird die Kasse

am 5. April 1919 vormittags von 11 bis 1 Uhr

zur Entnahme von Wochenkarten geöffnet sein.

Mit Rücksicht darauf, daß ehrenamtliche Kräfte sich nicht mehr im bisherigen Umfang zur Verfügung stellen, ist es notwendig geworden, die Preise für die Wochenkarten auf folgende Sätze zu erhöhen

1. Erwachsene a. Portion mit Fleisch . . . . . 4,— M
   b. ohne Fleisch . . . . . 3,40 M
2. Kinder a. große Portion . . . . . 1,80 M
   b. kleine Portion . . . . . 1,20 M

An Lebensmittelkarten sind abzugeben:
1. von Erwachsenen 2½ Pfd. Kartoffeln, ½ Fleischmarke (bei Fleischportionen) sowie die in Frage kommende fällige und dazu bezeichneten Nummern des Lebensmittelheftes.
2. Von Kindern 2 Pfd. Kartoffeln für die große und 1 Pfd. Kartoffeln für die kleine Portion sowie die für die in Frage kommende Woche fälligen und dazu bezeichneten Nummern des Lebensmittelheftes.

Die Abgabe der Marken bezw. Nummern des Lebensmittelheftes kann durch Hingabe der Lebensmittel in Natur und in der entsprechenden Menge erfolgt werden.

Merseburg, den 31. März 1919.
L. A. II. 821/19. **Der Magistrat.**

: Stoffwechselkrankheiten, Nervenleiden :
Blutarmut, Schwächezustände, Lungen-, Magen-, Darmleiden, Gicht, Rheumatismus, Arteriosverkalkung, Zuckerkrankheit, Leber- und Nierenleiden usw. Vorzügliche Erfolge durch kombiniertes Sauerstoff-Heilverfahren ohne jede Berufsstörung. Verlangen Sie kostenfrei ausführliche ärztliche Broschüre.
Aerztl. Heilanstalt Sanavita vorm. Sanitätsrat Dr. Weise's Ambulatorium. Berlin W. 35, Potsdamer Str. 123 b.

Milchhöchstpreise.

Nachdem zufolge Bekanntmachung des Herrn Landrats vom 25. März 1919 — Merseburger Tageblatt vom 29. März 1919 — Nr. 67 — vom 1. April 1919 ab die Preise für Lieferung von Milch durch Erzeuger aus dem Kreise Merseburg an die Merseburger Molkerei

für Vollmilch auf . . . 44 Pfg. für das Liter
für Magermilch auf . . 24 „ „ „

erhöht worden sind, werden hierdurch — vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten für den Bezirk der Stadt Merseburg **die Verkaufspreise im Kleinhandel**

für Vollmilch auf . . . 60 Pfg. für das Liter
für Magermilch auf . . 28 „ „ „ „

anderweit festgesetzt.

Diese vorläufige Preisfestsetzung gilt vom 1. April 1919 ab bis auf Weiteres.

Merseburg, den 1. April 1919.
L. A. II. 858/19. **Der Magistrat.**

Grenzschutz-Regiment Hünicken

Unser Vaterland ist in Gefahr! Wieder wie im Jahre 1914 stehen unsere Grenzen dem Einfall russischer Horden offen! Denkt daran, wie damals unsere Häuser und Höfe niedergebrannt, unsere Frauen und Schwestern mißhandelt wurden.

Darum schützt unser teures Vaterland und tretet ein in das

Grenzschutz-Regiment Hünicken.

An die jüngeren Männer ergeht mein Aufruf, vor allem aber auch an meine gedienten und kampferprobten Kameraden (des Inf. Reg. Nr. 153 und des Res. Inf. Regts. Nr. 72) die so zahlreich im Westen unter mir gekämpft und in so mancher heißen Schlacht mit mir gesochten haben.

Tretet wieder ein bei Eurem alten, ehemaligen Kommandeur! Ihr werdet dort manchen, alten getreuen Kriegskameraden wiederfinden.

Werbt auch dafür in Eurem Bekanntenkreise. Auch nehme ich Freiwillige Kavalleristen u. Artilleristen für meine Eskadron und leichten und schweren Batterien an.

Gebührnisse: Offiziere. Mobiles Gehalt, 5 Mark Grenzschutz-, 4 Mark Balten-Zulage (täglich 9 Mark), mobile Verpflegung, freie Unterkunft.

Unteroffiziere und Mannschaften: Mobile Löhnung nach ihrem Dienstgrade, mindestens 30 Mark monatlich, Grenzschutz- 5 Mark, Balten-Zulage 4 Mark (9 Mark täglich) Treuprämie 30 Mark monatlich, jeden Monat um 5 Mark steigend bis zu 50 Mark, Entlassungsgeld 50 Mark, Marschgeld 15 Mark.

Versorgungsansprüche gehen weiter.

Urlaub: Für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften 14 Tage nach 3 Monaten.

Bedingungen: Verpflichtung zum Dienst auf 3 Monate bei halbmonatlicher Kündigung am 1. und 16. j. M. Falls Kündigung nicht erfolgt, gilt Vertrag auf 3 Monate verlängert.

Bekleidung: Jeder Freiwillige wird neu eingekleidet, Mitgebrachte guterhaltene Uniform nicht jeder Art angerechnet.

Ausbildung: Kein Drill. Nur die für das Feld unbedingt nötige Schießausbildung und das sonst für den Bewegungskrieg unbedingt Erforderliche wird geübt.

Meldung: Schriftlich und mündlich beim Generalkommando 52 in Tilsit, Wasergasse, (alte Realschule).

Militärpaß bezw. Führungszeugnis der Ortsbehörde erforderlich.

Schlechte Elemente sind vom Eintritt ausgeschlossen.

Hünicken.
Major und Regimentskommandeur.

So sehen
die neuen Männer der Nationalversammlung aus!
Das ist ihr Lebenslauf
Das sind die gesetzlichen Grundlagen ihrer Tätigkeit und ihre Aufgaben!
Dies zeigt:
Die Nationalversammlung in Wort und Bild.
Preis Mk. 1,20.
Inhalt: Bilder u. Lebensläufe der 421 Abgeordneten. Parteiverzeichnisse. Wahlreiserzeichnisse. Wahlgesetze. Verhältniswahlverfahren. Verfassungsentwürfe mit schematischen Tafeln. Stimmenstatistik. Farbige Wahlkreiskarte.
Zu beziehen durch die
Geschäftsstelle dieses Blattes.

4% Sächsische Provinzial-Schuldverschreibungen
— mündelsicher —
werden zum Kurse von
94 75% spesenfrei
von sämtlichen Bankfirmen und uns abgegeben oder besorgt
Sächsische Provinzialbank.
(Landeshaus)

Zuverlässige
Zeitungsträger
sofort gesucht.
Merseburger Tageblatt.

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben Ausk. umsonst.
Sanis Versand München 583.

Goldene Uhr
fast neu, zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsst. d. Zeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190402-15/fragment/page=0006